

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sontage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr. für die  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 7. Mai. Se. Majestät der König haben Allergrädigst ge-ruht: Dem Rendanten der Hauptkasse des Potsdamschen gr. Militär-Waffen-haus Müller den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Die Berg-Referendarien Marimilian Roeggerath zu Siegen, Otto Erdmenger zu Saarbrücken und Edwin Gallus zu Hirschberg sind zu Berg-Assessor ernannt worden.

Der bisherige Gerichts-Ausschuss in Erfurt und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Siegen, ernannt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist, aus der Uter- und Neumark kommend, am 4. d. hier eingetroffen und nach der Grafschaft Ruppin weitergereist.

Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist vorgestern hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen.

Angekommen: Se. Excellenz der Württ. Geheime Rath und bevollmächtigte Minister bei der deutschen Bundesversammlung, von Usedom, von Frankfurt a. M., der General-Major und Inspektor der 1. Pionier-Inspektion, von Winterfeld, von Stettin, und der General-Major und Kommandeur der 29. Infanterie-Brigade, von Epe, von Köln.

Bei der heute fortgesetzten Sitzung der 4. Klasse 123. Königl. Klassen-Lotterie fielen 3 Gewinne zu 5000 Thlr. auf Nr. 16,052. 44,617 und 86,586. 1 Gewinne zu 2000 Thlr. fiel auf Nr. 78,388.

57 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 138. 210. 588. 706. 3182. 3467. 3585. 6747. 9058. 14,800. 16,475. 18,142. 21,250. 22,294. 23,822. 23,886. 26,030. 28,054. 29,739. 30,423. 33,308. 34,450. 35,230. 36,428. 36,576. 38,415. 38,332. 38,922. 39,747. 47,616. 50,397. 51,955. 52,373. 52,400. 54,162. 54,198. 54,286. 54,852. 58,999. 65,603. 65,649. 65,763. 66,538. 67,656. 69,393. 69,653. 75,238. 77,342. 77,510. 81,826. 82,128. 82,353. 86,438. 90,372. 91,963. 93,035 und 93,806.

38 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 6527. 8403. 9487. 10,449. 13,341. 18,591. 18,786. 16,385. 22,978. 24,158. 29,680. 37,073. 37,590. 38,662. 42,332. 46,875. 51,488. 51,967. 52,276. 52,772. 53,872. 55,823. 56,004. 56,069. 56,468. 56,809. 61,159. 62,122. 69,790. 77,015. 79,553. 83,161. 83,782. 84,110. 93,526. 94,051. 94,805 und 94,869.

77 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 243. 3250. 3599. 3637. 3929. 4024. 4966. 9509. 9730. 10,658. 11,902. 12,179. 13,369. 18,210. 19,367. 22,303. 23,729. 27,504. 31,131. 31,666. 31,926. 32,305. 32,650. 35,186. 35,315. 35,537. 36,046. 37,761. 40,982. 41,552. 41,594. 44,829. 45,665. 48,714. 50,995. 53,248. 55,138. 55,971. 57,912. 58,473. 61,066. 61,231. 61,670. 66,738. 66,881. 67,164. 67,518. 68,908. 69,999. 70,581. 72,805. 74,650. 75,539. 75,569. 76,246. 76,538. 76,686. 76,850. 79,487. 79,601. 79,939. 80,037. 82,441. 82,908. 83,799. 83,885. 84,864. 87,281. 88,859.

Berlin, den 6. Mai 1861.

— Königliche General-Lotterie-Direktion.

—

Posen, 6. Mai.

Nachdem der verbängnisvolle, von allen Unglückspropheten als

Kriegsbringer bezeichnete Monat friedlich vorüber gegangen, kann

man wohl sagen, daß Europa auf die angenehmste Weise in den

April geschickt worden ist. Zuerst trat Lord Palmerston in seiner

jüngsten Bankettsrede mit tröstlichen Verheißen vor der erstaunten

Welt auf: Lord Feuerbrand erschien plötzlich als Friedensstaube und

hüttete, wie Ethy Burritt, den besorgten Gemüthern mit dem Oel-

blatt Beruhigung zu. Dann wurde der Depeschenwechsel zwischen

London und Turin bekannt, und es offenbarte sich, daß England

als Bedingung seiner Freundschaft das Verlangen einer streng fried-

lichen Haltung an den neuen König von Italien gestellt, und daß

Graf Cavour auf die Weisung der britischen Freunde mit den Be-

theuerungen seiner aufrichtigsten Willfähigkeit geantwortet hatte.

Darauf brachte zwar der Telegraph die Kunde, daß Garibaldi

in rother Bluse vor dem italienischen Parlamente erschienen sei

und im Einverständnisse mit seinem Generalstabe von Freiarchen-

führern ein kriegerisches Programm zu befürworten unternommen

habe, als dessen Einleitung zunächst ein Oppositionsturm gegen

den Grafen Cavour, als den Mann der Wohltätigkeitspolitik in Scene

gesetzt werden mußte; aber schnell klärte sich das Wetter wieder auf

und man erfuhr, daß, in Folge der verbündeten Intervention Bi-

ldi, Emanuel, Cavour und Garibaldi sich friedlich verständigt

hatten und zwar unter Anzeichen, die darauf hindeuteten, daß der

behusam rechnende Staatsmann den ungestümten Heftsporn der

italienischen Bewegung einstweilen von der Notwendigkeit einer

Waffentruhe überzeugt hat. Die letzten Nachrichten besagen, daß

Garibaldi in aller Gemüthlichkeit die Hochzeit seiner Tochter be-

gehen und dann mit seiner ganzen Familie die ländliche Stille von

Capriera aussuchen will. Allefriedensbedürftigen Gemüther wer-

den sich beeifern, ihm eine glückliche Reise zu wünschen, und die

Wörter Europas haben schon begonnen, die Bedeutung des Ereignis-

s in ihrer beredten Bissensprache zu charakterisieren.

Nun fragt es sich allerdings, in wie weit den Friedensbethue-

nungen des Grafen Cavour Glauben beizumessen ist. Man weiß,

dass Aufrichtigkeit und Redlichkeit nicht gerade die auszeichnenden

Charakterzüge der piemontesischen Politik sind, und wenn der Tu-

ner Staatsmann eine günstige Gelegenheit fände, um den Heft-

bürgern der Italiener nach dem Besitz Rom und Benedicto zu be-

friedigen, so würde er schwerlich in Verlegenheit sein, die Wendung

seines Entschlusses in glänzender Beweisführung zu beschönigen.

Für jetzt aber erkennt Graf Cavour in einer an die westlichen Mächte

gerichteten Depesche an, daß jeder gewaltsame Versuch zur Lösung

der italienischen Frage einen allgemeinen Brand entzünden müßte,

dessen Verantwortung Europa der Regierung zunämlen würde,

welche ohne Herausforderung den ersten Angriff unternommen wollte.

Deshalb sei die Turiner Regierung entschlossen, jeder Handlung

vorzubeugen, welche unmittelbar oder mittelbar einen europäischen

Krieg herbeiführen könnte; sie erwarten von der Entwicklung der

Ereignisse einen vollständigen Sieg der Überzeugung, daß der Besitz

Benedictos eine Ursache der Schwächung für Österreich und zugleich

ein Anlaß zu Unruhen für Italien und Europa ist.

Die hier angeführten Sätze enthalten unbestreitbare Wahrhei-

ten; namentlich suchten alle europäischen Kabinette einen erneuten

Zusammenstoß in Italien deshalb zu verhüten, weil sie die Gewißheit hatten, daß die Theilnahme Frankreichs und des gesamten Deutschen Reichs an dem Kampfe unvermeidlich sein würde. Man war nur stark im Zweifel, ob auch das Turiner Kabinett für diese Wahrheiten ein offenes Ohr haben und ob es im Stande sein werde, denselben auch von Seiten der ungestüm vorwärts drängenden Bewegungspartei Achtung zu verschaffen. Aus den letzten Unterhandlungen mit Garibaldi scheint hervorzugehen, daß Graf Cavour wirklich ernste Anstrengungen im Sinne der Friedenspolitik gemacht hat. Außerdem sind noch einige thatsächliche Momente anzuführen, welche für die Aufrichtigkeit des edlen Grafen ein gewichtigeres Zeugniß ablegen, als seine diplomatischen Kundgebungen. Zunächst ist ersichtlich, daß England, wie schon erwähnt, die friedliche Haltung der Italiener als eine unerlässliche Bedingung seines fortlaufenden Wohlwollens hingestellt hat, und Graf Cavour weiß vollkommen, daß Italien der Willkür Napoleons preisgegeben wäre, wenn es nicht die Unterstützung Englands zur Seite hätte. Ferner befinden die Nachrichten aus dem Süden, daß Piemont in den neuworbenen Provinzen noch keineswegs der Haltung sicher genug ist, um schon wieder nach weiterem Besitzthum die Hand auszustrecken. Endlich ist es klar, daß ein Staat, welcher unter den ungünstigsten Bedingungen eine Anteile von 500 Millionen aufnehmen muß, um ein schon vorhandenes Defizit von 314 Millionen zu decken, des unerlässlichsten Hülfsmittels zum Beginn eines Angriffskrieges entbehrt.

Deshalb will uns bedünken, daß Europa ausnahmsweise den Friedensverheißen Lord Palmerstons und den Betheuerungen des Grafen Cavour einigen Glauben schenken darf.

## Deutschland.

**Preußen.** AD Berlin, 6. Mai. [England's Stellung zum Nationalitätsprinzip und zu Österreich; Projekte für die Donaufürstthümer; Polizei-Angelegenheit.] Die jüngsten Erklärungen Lord John Russells über die Haltung Englands in Bezug auf Ungarn und Polens haben einiges Aufsehen gemacht. Nachdem die britische Politik in Italien das Nationalitätsprinzip und das Recht der Insurrektion so lebhaft vertreten hat, werden die kühlen Sympathien, welche der edle Lord den Polen und Ungarn spendet, den Bewegungsmännern wie eine Enttäuschung vorkommen. Vor Allem ist nicht zu vergessen, daß die britischen Staatsmänner es immer gern mit der stärkeren Partei halten. Eine des Sieges gewisse Empörung darf auf ihren Beifall, wenn auch nicht auf ihre Unterstützung, rechnen, während sie für eine Bewegung, die nach aller Voraussicht an der Übermacht scheitern muß, nur Gleichgültigkeit oder doch nur wohlfeiles Bedauern in Bereitschaft halten. Überdies hat Lord John Russell seit seiner berühmten Depesche, in welcher er sein Wohlwollen für Revolutionen — natürlich auf dem Kontinent — durch Zitate aus völkerrechtlichen Autoren zu begründen sucht, mancherlei Erfahrungen gemacht. Er hat erkannt, daß die einmal entfesselte Nationalitätsagitation, gegen die Pforte gerichtet, im Orient den herrschenden Einfluss Englands vernichten und sogar unmittelbar den britischen Besitz, z. B. auf den ionischen Inseln, gefährden könnte. So erklärt sich die Sinneswandelung. Über dennoch ist das Jubelgeschrei österreichischer Stimmen voreilig, welche schon wieder in England den reinig zurückgekehrten Bundesgenossen des Wiener Hofes begrüßten. Englands Freundschaft ist nicht so leicht zu gewinnen, und am Wenigsten die der Whigs, welche halb in Furcht, halb in Zärtlichkeit, sich an eine gewisse Abhängigkeit von Frankreich gewöhnt haben. Sollte Napoleon jedoch bei der Nämung Syriens Schwierigkeiten machen, dann allerding wäre der Bruch der westmäßlichen Allianz wahrscheinlich. — Das Zugeständnis der Pforte in Bezug auf die Moldau und Walachei bezieht sich zunächst nur darauf, daß Fürst Cousa als lebenslanger Hosspodar der vereinigten Donaufürstthümer anerkannt ist. Die Projekte Frankreichs und Russlands geben jedoch weit über diese Kombination hinaus und suchen das Verhältnis der Fürstthümer zur Pforte immer loser zu gestalten. Außer den Leuchtenberg'schen Prinzen, in deren Blut die Dynastien Russlands und Frankreichs Verwandtschaft geschlossen haben, ist auch Prinz Napoleon als Nachfolger des Fürsten Cousa in Vorschlag gebracht worden. Indessen unterliegt es keinem Zweifel, daß der Pforte bei Abweisung solcher Projekte die Hilfe Englands zur Seite steht. — Seit Sonnabend weiß man von der Amtssuspension des Schatzmanns Obersten Pakke. Auch ist in diesen Tagen die Rückäußerung des Ministers des Innern auf die Anträge der städtischen Behörden erfolgt. Wie ich höre, gibt Graf Schwarzin den Petenten anheim, mit ihren Aufsäugungen an die Staatsanwaltschaft zu rekuriren, welcher bereits alles auf die Sache bezügliche Material mitgetheilt ist. Außerdem hat der Minister ein Disziplinarverfahren angeordnet, um die verdächtigen Finanzpunkte völlig klar zu legen. Mit Führung dieser Untersuchung ist, wie verlautet, ein höherer Beamter der Oberrechnungskammer aus Potsdam beauftragt worden.

**Berlin, 6. Mai. [Vom Hofe; Tagessnachrichten.]** Heute Vormittags 9 Uhr begab sich der König nach dem Tempelhofer Felde und besichtigte derselbst, wie schon gemeldet, das 4. Garde-Regiment. Bei der Ankunft auf dem Exerzierplatz wurde der König begrüßt von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, den königlichen Prinzen, dem Prinzen August von Württemberg, dem Erbprinzen von Reuß-Schleiz, dem Fürsten Radziwill, dem General-Feldmarschall v. Wrangel und der Generalität. Die Besichtigung und die Exerzierübungen dauerten kaum 2 Stunden und lehrten darauf der König und der Großherzog in einem Wagen zusammen in die Stadt zurück. Der König ließ sich zunächst von den

Inserate  
( $\frac{1}{4}$  Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an dem selben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Geheimräthen Illaire und Kostenoble und den General-Adjutanten v. Alvensleben und v. Mantuaßel Vorträge halten und empfangen alsdann den Besuch des Prinzen Wilhelm von Baden, welcher vor einigen Tagen sich an den herzoglichen Hof nach Gotha begeben hatte und heute Morgens von dort wieder hier eingetroffen ist. Man folgert aus dieser Rückkehr, daß den Prinzen eine außerordentliche Mission nach Gotha geführt habe. — Nachmittags kontrirte der König, im Beisein des Kronprinzen und des Fürsten von Hohenzollern mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Um 5 Uhr war im königlichen Palais Tafel, an welcher mit den hohen Herrschaften auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Fürst von Hohenzollern, der Prinz Wilhelm von Baden, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Reuß-Schleiz, der Fürst und die Fürstin von Carolath, der Fürst zu Reuß und andere fürstliche Mitglieder des Herrenhauses erschienen und zu welcher auch die Minister v. Auerswald und v. Schleinitz, die Gefandten Graf Königsmarck, v. Usedom, und andere hochgestellte Personen Einladungen erhalten hatten. Nach Aufhebung der Tafel erschien der Hof mit seinen Gästen in der Oper. Morgen Vormittag 9 Uhr wird der König auf dem Tempelhofer Felde die 4. Garde-Kavallerie-Regimenter bestimmen. — Die Königin wohnte gestern Abends eine halbe Stunde lang der Konferenz bei, welche die Vorstandsmitglieder der Magdalenenstiftung im Hause des General-Feldmarschalls v. Wrangel abhielten. Die Königin interessirt sich lebhaft für diese Stiftung, welche sich bemüht die Besserung gefallener Frauenzimmer zur Aufgabe gestellt hat. — Man spricht in den Hörsälen davon, daß die Königin noch in dieser Woche auf etwa 2 Wochen zur Borkur nach Baden-Baden gehen wolle; auf der Reise dorthin gedenke sie einen Tag in Koblenz zu verweilen. Hierach scheinen die Huldigungsfestlichkeiten auf einige Zeit hinausgezögert zu sein. — Wie ich höre, ist der Porträtmaler Franz Winterhalter nach Paris zurückgekehrt und wird die Bildnisse unserer Majestäten dort vollenden. — Gestern Abend wurde die Feuerwehr nach dem Schlosse gerufen, weil in demselben Feuer ausgebrochen sein sollte. Dasselbe befränkt sich glücklicher Weise nur auf

hiesigen evangelischen Presbyterien eingegangen war: „Synode wolle ihren tiefen Schmerz darüber aussprechen daß gegen eine religiöse Erscheinung unter den Kindern des städtischen Waisenhauses, die ihrem Kern nach als Erweckung zu betrachten ist, von Seiten der städtischen Obrigkeit mit solchen Maßregeln vorgeschritten worden, durch welche theils der religiöse Charakter jener Bewegung verkannt, theils die tiefsten religiösen Interessen der hiesigen evangelischen Gemeinden verletzt worden sind.“ Aus Anlaß dieses Beschlusses war die Stadtverordneten-Versammlung zusammenberufen worden und erklärte mit 23 gegen 4 Stimmen:

Die städtischen Behörden haben bisher den mancherlei, zum Theil verungründenden Beurtheilungen ihres Verfahrens in der Waisenhausangelegenheit nur das Bestreben entgegengestellt, durch rein sachliche Beschlüsse und Anerkünften so bald als möglich den Waisenkinder die Segnungen einer ruhigen und geordneten christlichen Erziehung wiederzugeben. Sezt aber, wo die Agitation gegen ihr Verhalten so weit gegangen, daß die Kreishynode sich veranlaßt gesehen hat, dasselbe als eine Verleugnung der tiefsten religiösen Interessen der hiesigen evangelischen Gemeinden zu bezeichnen, erachtet die Stadtverordneten-Versammlung es für ein Gebot der Ehre und für eine Pflicht gegen die Bürgerschaft, hiernach auszusprechen: daß Seitens der städtischen Behörden nichts geschehen ist, wodurch die wahren und berechtigten Interessen evangelischer Gemeinden irgendwie verletzt werden könnten; daß sie unerhörlicher feststellen wird an den Grundsätzen, welche in der Behandlung der, in einer rein städtischen Anstalt, unter der gesetzlichen Vormundschaft der städtischen Behörden befindlichen Waisenkinder von ihr als die allein richtigen anerkannt und bisher befolgt worden sind; daß sie darin sich nicht beirren lassen wird durch den Versuch einer Einwirkung, die in den Organismus städtischer Verwaltung nicht gehört; daß sie demgemäß die unberufene und maßlose Zensur der Kreishynode mit Entschiedenheit zurückweist und die feste Zuversicht hegt, daß die Bürgerschaft dieser Stadt sich durch keinerlei Einflüsse in ihrem Vertrauen auf die von Gott verordnete Obrigkeit wankend machen lassen wird.

**M**agdeburg, 4. Mai. [Domänenverkauf.] Am 25. v. M. fand im hiesigen Regierungsgebäude der öffentliche Verkauf der drei Domänenvorwerke Weserling, Wolfsdorf und Grani (?) statt, welche bisher für 4000 Thlr. verpachtet gewesen waren. Das Kaufgelderminimum, welches auf 138,750 Thlr. normirt worden war, wurde bei Weitem überboten, da der Zuschlag für 244,800 Thlr. an den Domherrn Spiegel zum Deseberg erfolgte.

**T**horn, 5. Mai. [Eisenbahnbauten.] An der Eisenbahnstrecke Bromberg-Thorn wird rüstig gearbeitet und ist anzunehmen, daß die Schienen schon im Juli werden befahren werden. Auch die Erdarbeiten auf der Strecke Thorn-Osloczyn, d. h. bis zur preußischen Landesgrenze, werden in diesem Sommer hergestellt sein. Was wir über die Arbeiten an der Strecke von unserer Grenze bis Lomitz von Augenzeugen vernommen haben, klingt es eben nicht trostlich. Es scheint drüber an der gehörigen Energie, Ordnung und zeitweise an den erforderlichen baaren Geldmitteln zu fehlen. Eine Menge Arbeiter, welche an der polnischen Eisenbahnstrecke arbeiten, sind nach dem diesseitigen Grenzort Osloczyn zurückgekehrt. Ihre Klagen resumiren sich folgendermaßen: Es war ihnen ein Tagelohn von 25 Sgr. in Aussicht gestellt, sie mußten sich mit 10 Sgr. zufrieden geben, und zwar in Folge der Unredlichkeit der Schachtmeister, die selbstverständlich an den höheren Beamten einen Hinterhalt haben müssen. Zwei Schachtmeister waren mit dem ganzen Arbeitslohn der Arbeiter durchgegangen. Zu diesen traurigen Ereignissen kam noch eine große Theuerung der Lebensmittel, welche vornehmlich die Arbeiter zur Rückkehr in ihre Heimat zwang. (D. Z.)

**D**estreich. Wien, 5. Mai. [Tagesnotizen.] Die Abreise des Kaisers nach Triest ist nun für nächste Woche definitiv festgesetzt. Die Erzherzoginnen Sophie und Marie werden dem Vernehmen nach die von Madeira zurückkehrende Kaiserin in Graz begrüßen. — Der Kaiser hat der Witwe Bruck einen Gnadengehalt von 3000 fl. bewilligt. — Aus Agram wird gemeldet, daß der Banus mit einer zahlreichen Deputation hierher abgereist ist, um Schritte wegen der Vertretung der Militärgrenze im Reichsrath und der Annexion von Dalmatien zu thun. — In verschiedenen Orten Ungarns werden gegenwärtig die Steuern durch militärische Exekution eingetrieben. — In Görz wurde am 27. April Domenico Battuja, Gemüsehändler aus Baldobbiadene in der Provinz Treviso, wegen Versuchs, Soldaten zur Desertion zu verleiten, und Falschwerbung, standrechtlich zum Tode verurtheilt und erschossen. — Die Gemeinden der Insel Beglia richteten eine Adresse an den Kaiser, worin sie die nicht stattgefunden Wahl von Abgeordneten in den Reichsrath beschlagen und ihre Anhänglichkeit beheuern.

Innsbruck, 2. Mai. [Die Agitation gegen die Protestanten] hat noch nicht ausgeschwungen. Ein gedruckter Anschlag an der Thür der Pfarrkirche thut fund, daß Gebetsstunden abgehalten werden, um Gott zu danken, daß er durch die Erleuchtung des Landtags die Glaubenseinheit des Landes geschützt hat. Auch von andern Orten melden die Blätter Dankämter und Prozessionen aus Anlaß der glücklich befeitigten Protestantengefahr. Nebenbei wird der kleine Krieg gegen Mitglieder der liberalisirenden Minorität munter fortgesetzt. Ein Knüttelpot in den „Tiroler Stimmen“ macht Ausfälle auf die Aerzte, Brauer und Handelsleute im Landtag, die sich herausnahmen, über die Religion zu reden, ohne von der Theologie etwas zu verstehen. Gemeint sind Dr. Pfeischner, M. Meyer, v. Pußer. Dr. Haslwantner ist für sein vierjähriges Aufstreten im Landtag zum „Grenzauer“ in Steinach gemacht worden. Wie Herr v. Pußer von der Handelskammer in Bozen, so hat M. Meyer von der in Innsbruck für seine Haltung in der Protestantfrage ein Vertrauensvotum erhalten. Gegen Dr. Streiter, erwählten Bürgermeister von Bozen, haben die Klerikalen eine Petition in Umlauf gesetzt, um dessen Bestätigung zu hinterstreichen! (F. J.)

Pesth, 1. Mai. [Vom Landtage.] Das Unterhaus setzte nach den drei Trauertagen die Sitzungen gestern wieder fort. Nach Anzeige einiger Schriftstücke meldet der Präsident, daß die hiermit beauftragte Kommission den Kostenüberschlag des Hauses schon ausgearbeitet habe. Der Entwurf wird nach vorhergegangener Prüfung zur Diskussion gelangen, wurde jedoch einstweilen gedruckt vertheilt. Die Gesamtkosten belaufen sich für den ersten Monat, nämlich vom 2. April bis 1. Mai, auf 102,155 G., dabei kommen jedoch vierteljährige Vorausbezüglichungen für Miethe der Deputirtenwohnungen und Lohn der Diener, ferner für Equipirung derselben vor. Der Präsident erhält 1050 G. monatlich. Nach einigen anderen Vorlagen wurde mit den Berichtigungsberichten fortgesahren.

— Im „Pest Napló“ behandelt Baron Kemény die Frage über die Beziehungen zwischen dem ungarischen Landtage und dem Reichsrath in Wien in einer Weise, welche keineswegs auf eine Nachgiebigkeit der gemäßigteren Partei in Ungarn in Betreff der Personalunion schließen läßt.

**H**annover, 5. Mai. [Politische Bewegung; Feldtelegraphie.] Die Wirkungen der Versammlung vom 8. v. M. dauern fort. Die erste Vernehmung der hiesigen Lehrer hat stattgefunden. Auch die Maßregel gegen Magistratsmitglieder bestätigt sich, scheint aber auf die Stimmenden beschränkt zu sein, vielleicht weil man es vermieden wollte, mit Stüve in Kontakt zu kommen, dessen Sekretär hier anwesend war. Nach dem Beispiel Harburgs und Osterrode's haben jetzt auch Bürger der Stadt Neulen Herrn v. Bennigsen ihre freudige Zustimmung zu den Beschlüssen vom 8. in einer Adresse ausgedrückt, während in Emden und wiederum in Osterrode auch der Versuch zu Gegenadressen gemacht sein soll, obgleich die „Hannov. Ztg.“ die nach den Umständen beste Partei ergriff, zu erklären, daß sie Gegendemonstrationen nicht für nötig halte und darum auch nicht erwarte. In Hildesheim suchte die Polizei nach den Düsseldorfer Abdrücken der Adresse, als sie, obwohl buchweise in die öffentlichen Lokale gebracht, schon nicht mehr zu finden war. Hier, scheint es, hat man nichts gethan, um die Vertheilung zu hindern. — Der „Hannov. Cour.“ bringt die Nachricht, daß der hiesige Generalstab mit der Einrichtung einer vollständigen Feldtelegraphie eifrig beschäftigt ist, die darauf berechnet ist, das System der Küstenverteidigung durch ein rasches und gesichertes Nachrichtenwesen zu vervollständigen. Ein Offizier und zwei Guiden des Generalstabes und vier Unteroffiziere des Ingenieurkorps werden bereits in der Handhabung der Telegraphen eingeübt.

### Großbritannien und Irland.

**L**ondon, 4. Mai. [Hofnachrichten.] Die Königin, der Prinz Gemahl und die Prinzessinen fiedelten am 1. d. nach White Lodge im Parke von Richmond über. Die jungen Prinzen blieben in Buckinghampalace und der Prinz von Wales kehrte nach Cambridge zurück.

— [Die Baumwollkultur.] Nach der „Morning Post“ finden zwischen der türkischen Regierung und der Baumwollkompagnie in Manchester Unterhandlungen statt, welche durch den Bürgerkrieg in Nordamerika angeregt sind. Die türkische Regierung ist bereit, einen großen Theil ihrer auf der syrischen Küste geslegenen Kronländerreien an europäische Kapitalisten und Baumwollbauern zu verpachten und die rohe Baumwolle vom Zehnten, so wie von allem Aufzehrzoll zu befreien, macht jedoch dafür die Bedingung, daß die Mächte, mit denen sie Handelsverträge geschlossen hat, ihr gestatten, den Einfuhrzoll bis auf 10 Prozent, oder andererseits die Thee-, Kaffee-, Zucker- und Spirituosenzölle zu erhöhen. Die „Post“ hält diese Bedingung für ungültig. Man solle die türkische Regierung darauf verweisen, daß Syrien nicht der einzige Landstrich sei, der zum Baumwollpflanzen einlade. Egypten und vor Allem Britisch-Westindien tragen vorzügliche Baumwolle. Das Mittelmeer sei für Segelschiffe eine langwierige Fahrt, und eine Strecke von 3000 Seemeilen über den Ocean lege sich leichter zurück als diejenige Strecke zwischen Beyrut und Liverpool. Angesichts der Konkurrenz, mit welcher Syrien zu kämpfen habe, werde die türkische Regierung mit sich handeln lassen. Die „Times“ bemerkt, daß in der Baumwollwelt, der amerikanischen Krise gegenüber, eine Gelassenheit herrsche, die man für Apathie oder Verblödung halten könnte. Wenn man vor 5 oder 10 Jahren an die Möglichkeit der jetzt eingetretenen Ereignisse gedacht, so habe man sich vorgestellt, daß sie in Lancashire und ganz England nichts Geringeres als einen panischen Schrecken hervorrufen würden. Der böse Traum sei zur Wirklichkeit geworden und keine Niemanden bange zu machen. Manchesse bau mit Zuversicht auf das Gesetz von Bedarf und Lieferung, und Viele seien des vielleicht allzu fühligen Glaubens, daß selbst ein Bürgerkrieg dem Baumwollenbau in den Sklavenstaaten kein Ende machen würde. Ein Ende freilich nicht, aber wenn er ihn nur auf ein oder zwei Jahre unterbräche, so hätte er Unheil genug angerichtet.

— [Parlament.] In der gestrigen Unterhaussitzung lenkte Cochrane die Aufmerksamkeit des Hauses auf Polen, zieht eine Parallele zwischen der diesem Lande und Neapel gegenüber von der englischen Regierung verfolgten Politik und bemerkt, Lord J. Russell scheine den alten römischen Spruch umzuführen, indem er nach dem Grundsatz verfahre: *Parcere superbit et debellare subiectos*. Schließlich fragte er, ob der Staatssekretär des Auswärtigen bereit sei, gewisse Depeschen des britischen Generalkonsuls zu Warschau vorzulegen. Sir G. Verney sprach die Hoffnung aus, daß Lord J. Russell seinen Einfluß ausüben werde, um einen Ausbruch in Schleswig und Holstein zu verhindern. Wenn man die französische Regierung vermögen könnte, die Sache ebenso aufzufassen, wie der englische Sekretär des Auswärtigen, so, glaubte er, ließe sich die Agitation in den erwähnten Provinzen schwächen, und dieselben könnten, statt eine Quelle der Schwäche und des Aergernisses für Dänemark zu sein, sich in ein Mittel der Stärke verwandeln. Es sei von hoher Autorität an einer anderen Stelle behauptet worden, die Urheber des schleswig-holsteinischen Streites seien die deutschen Bewohner der beiden Provinzen. Es sei eine ganz irgende Ansicht. In Kopenhagen habe stets eine starke nationale Partei bestanden, welche das deutsche Element in Schleswig hätte los werden und die Provinz in Dänemark einverleiben wollen. Es sei nicht wahr, daß die Bewohner Schleswigs und Holsteins im Geringsten den Wunsch offenbart hätten, von Dänemark getrennt und mit Deutschland vereinigt zu werden. Sie verlangten nichts weiter, als ihre alten verfassungsmäßigen Rechte. Leider habe er aus einem vor ein paar Tagen erhaltenen Briefe ersehen, daß die dänische Regierung sich selbst jetzt noch eingriffe in diese Rechte erlaube und diejenigen verfolge, welche dieselben zur Geltung zu bringen suchten. Schließlich fragte der Redner, ob die Regierung etwas gegen die Vorlegung des Herzogthums Württemberg betreffende Berichte des Generalkonsuls Ward in Hamburg habe, den der selbe vor ungefähr fünf Jahren abgestellt habe. Lord John Russell sagt (siehe Tel. in der gestr. 3.), es sei behauptet worden, er habe in seiner Oktober-Depesche an die Nationalitäten appelliert, und diese Berufung an die Nationalitäten habe die Vorgänge in Warschau und Ungarn veranlaßt. Es sei eine irgende Voraussetzung, daß er überhaupt an Nationalitäten appelliert habe. Er habe in jener Depesche gesagt, was die Ansichten der englischen Regierung über Italien und zwar namentlich über Neapel und Sicilien gewesen seien, und er sei dazu dadurch bewogen worden, daß Rußland und Preußen ihre Meinungen bereits ausgesprochen hätten, und weil früher oder später doch jedenfalls die Frage habe auftauchen müssen, ob die an Stelle der Regierung des ehemaligen Königs von Neapel getretene Regierung so beschaffen sei, daß England sie als eine regelmäßige Regierung in Europa anerkennen könne. Es sei deshalb nötig gewesen, über die Vorgänge in Italien eine Meinung abzugeben, und das habe er gethan. Er habe nämlich erklärt, daß, da seit dem Jahre 1821 das Volk sowohl im Kircheaate, wie in Neapel eine Missregierung erduldet habe, die ihm als schlimmer erschien sei, als irgend eine in irgend einem anderen europäischen Lande — viel schlimmer als die in der Türkei — er sich nicht darüber wundern könne, daß es sich den Invasionstruppen angeschlossen habe, von welchen die frühere schlechte Regierung gefürchtet worden sei. Was Polen betreffe, so müsse jeder Engländer Sympathie mit einer so tapferen Nation hegen, die eine so glänzende Geschichte habe und bis auf den heutigen Tag an ihren Nationalitätsgefühlen festhalte. Man könne sich des Gefühls nicht entschlagen, daß Polen ein besseres Geschick verdiene, und man müsse die Theorie Polens bedauern. Doch würde er sich wohl büßen, irgend etwas zu sagen, was die Polen zu der Annahme verleiten könne, ihre Nationalität werde durch irgend welche Bemühungen Englands zu ihren Gunsten wiederhergestellt werden. Er

wüßte gar nicht an dem Charakter der Antwort, die er erhalten würde, wenn er eine Depesche über diesen Gegenstand an den Hof von Petersburg schreibe. Man würde ihm sagen, der Kaiser von Russland habe seinen politischen Unterthanen die freisinnigsten Zugeständnisse gemacht, und Alles, was er wolle, sei, daß Rußland in seinem Lande herrsche. Auf einen Seite wolle er diese Zugeständnisse nicht zurücknehmen; andererseits aber wolle er auch die Pole für nötig halte. So ungefähr würde die Antwort lauten. Sei aber wohl irgend eine Partei in England bereit, oder ließe sich irgend eine Regierung finden, die bereit sei, zu den Waffen zu greifen, um die Nationalität Polens mit Gewalt wiederherzustellen? Die neulichen Ereignisse in Warschau seien ohne Zweifel sehr belästigend gewesen. Es könne nicht begreifen, warum man die Bewohner nicht vorher gewarnt und ihnen nicht vorher angezeigt habe, sich nicht berechtigt, dem Hause die verlangten Berichte vorzulegen. Was Neapel betreffe, so sei es sehr natürlich, daß der König einen Zufluchtsort in Rom gefunden habe. Doch sei es sehr zu bedauern, daß jene Hauptstadt ein Herd von Verschwörungen gegen die bestehende Obrigkeit sei. Was Sachsen über die neueren Vorgänge in Neapel könne er nicht vorlegen. Was Schleswig-Holstein anbelange, so unterhandle die britische Regierung mit verschiedenen Mächten zu dem Zwecke, die Streitfrage zu schlichten. Es scheine ihm, daß der zwist seinen Grund weit mehr in den Leidenschaften habe, welche durch die auf beiden Seiten erhobenen sehr großen Anpräge erweckt worden seien, als in irgendeiner durch die Sache selbst bedingten wirklichen Schwierigkeit. Nichts könne gefährlicher sein, als ein Kampf zwischen Deutschland und Dänemark, und kein Mensch vermöge, zu sagen, welche Dimensionen derelbe annehmen werde. Die englische Regierung nehme einen vollständig unabhängigen Standpunkt ein, und er hoffe daher, daß ihre Vorstellungen einen guten Erfolg haben werden. Er glaube, die Vorlegung des vor fünf Jahren abgefaßten Berichts des Herrn Ward würde, da die Dinge seitdem eine ganz andere Gestalt angenommen hätten, geeignet sein, das Hause irre zu leiten und zu verwirren. Doch hoffe er in ein paar Tagen Papiere vorzulegen, welche dem Hause einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der holsteinschen Frage gewähren würden.

— [Beschwerde gegen Lord Elgin.] Major Brabazon, der Vater des in China umgekommenen Kapitäns Brabazon, beklagt sich in einer Zeitschrift an „Daily News“ mit großer Bitterkeit über Lord Elgin und dessen Begleiter in China, die, wie er behauptet, die einfachsten Maßregeln unterlassen hätten, um über das Schicksal seines Sohnes Gewissheit zu erlangen. Nicht einmal Brabazons Leiche geworfen worden, hätten sie untersuchen lassen, obgleich Hunderte von Kulies an Ort und Stelle gewesen, um die Arbeit zu übernehmen. Unter Anderem beschwert er sich, daß sein Sohn, gefallen sei in der Ausführung eines verzweifelten Befehls (denn freiwillig hatte er sich dazu nicht erboten), im Rücken einer Schlachtordnung aufgestellten tatarischen Armee Notizen zu machen. Major Brabazon scheint demnach die von einigen Seiten schon früher geäußerte Ansicht zu teilen, daß Brabazon und seine Gefährten von dem tatarischen General als Spione behandelt worden.

— [Graf Shaftesbury über Bibelverbreitung und Nationalismus.] Am 1. d. fand in Greter-Hall die 57. Jahressammlung der „British and Foreign Bible Society“ statt. Der Vereinspräsident, Graf Shaftesbury, führte den Vorsitz und hielt eine Rede, die, wegen der darin enthaltenen Anklagen über die vielbefürchteten „Essays and Reviews“, interessieren dürfte. Der fromme Graf sagte:

Seit der letzten Jahressammlung hat es Gott gefallen, den Verein mit sehr großen Erfolgen zu segnen. Er hat ihm das Königreich Italien eröffnet, und auf der ganzen Halbinsel wird nun das volle und ganze Wort Gottes in der Volkssprache ohne Hemmnis oder Hindernis verbreitet. Er hat auch in den Gemüthern der Dingen, die im österreichischen Kaiserstaat regieren, sich verändert, und es werden jetzt zum Gebrauch für die Untertanen Seiner Majestät Bibeln eingeführt. Auch in Russland hat der Zar die Verbreitung von Bibeln in der Landessprache gestattet. Seit unserer letzten Sammlung sind andere Dinge vorgefallen. Im Schoß der christlichen Kirche ist starker Unglauben zur Seite gekommen. Ein Konklave von sieben Gentlemen, deren Glaube sich ohne Zweifel auf gewissenfeste Überzeugung gründet, aber dem Glauben unseres Vereins direkt entgegen ist, hat mit großem Geräusch und Pomp ein Buch herausgegeben. Nun denkt ich, daß als Verfasser dieses Buches für jeden Aufsatz darin, für das Ganze und alle für einen wie einer für alle Verfasser verantwortlich sind. Sie haben sich zu einer gemeinsamen Rolle verbündet, sie geben zusammen ein Buch heraus, mit einander Gewinn und Verlust, Ehre und Schande theilend, je nachdem es kommt, sie haben sich verbündet, ein neues Evangelium einzuführen. Nun ist es hier weder die Zeit noch der Ort, um die Prinzipien und Folgen des Nationalismus eingehend zu erörtern; aber man fragt vielleicht, was den Verein das Buch angehe. Das Buch sucht dem Verein gewissermaßen das Handwerk zu legen. (Hört! Hört!) Das Wort Gottes nicht von göttlicher Eingabe ist, wenn es nicht den Willen des göttlichen Verfassers frei und vollständig ausspricht, nicht in der That das Werk Gottes selbst ist, dann ist unter Bibelverein dazu da, einen großartigen Betrug zu verüben. (Hört! Hört!) Der Verein bringt die Bibel in Umlauf und sagt Federmann, er solle ihr als einer himmlischen Aufzeichnung Gevorlese leiten, während wenn das belegte Buch die Wahrheit enthielte, die Bibel ein Betrug sein würde, und dies wäre um so unerträglicher, als sie sich für himmlische Ursprünge ausgibt und doch nichts als den Schweiz und die Arbeit unverehrter und fehlbarer Menschen enthalten würde. Ferner wäre, nach der Deutung jener Gentlemen, die Bibel nicht zur allgemeinen Verbreitung geeignet, denn sie könnte nur von Leuten von großer Bildung und klassischer Belehrung verstanden werden, was dem Recht der eigenen Fortschrit (right of private judgement) gang und gärt ein Ende machen würde. Die Bibel wäre somit der großen Massse der Menschheit verschlossen, denn nur Dingen, die einen großen Schatz von Gelehrsamkeit befestigen, wären im Stande, sie zu studiren, und so würde ein geistiger Despotismus entstehen, drückender als derjenige, der in den berühmtesten und abschlußlichsten Tagen Roms geheiratet hat. (Cheers.) Nun, Protest sehr viel Gutes gemacht, und ich hege die herzlichste Zuversicht, daß das Ealentum Englands der Bewahrung Nachdruck geben wird. Die Bischöfe dürfen nicht im Stich gelassen werden. Ich vertraue, daß sowohl Geistliche wie Laie den Bischöfen beitreten und dem Volke zeigen werden, in welche große Anzahl Männer herangebildet sein wird, die, auch ohne tiefe Gelehrsamkeit zu besitzen oder gewandte Polemiker zu sein, in der Bibel recht belesen sein werden. (Laute Cheers.)

— [Ein originelles Vermächtnis.] Mr. George Wilson, der unlängst in Garstair's Lodge bei Wigton in der Grafschaft Cumberland starb, hinterließ ein Testament, unter dessen Bestimmungen eine folgendermaßen lautet: „Ich gebe und vermache der Person des dermaligen Kaisers von China die Summe von 19 Pfund 19 Schillingen als Zeichen meiner Dankbarkeit für die zuvor kommende Behandlung, die mir während meiner chinesischen Reise im Jahre 1855 von Seiten der Beamten jenes Reiches zu Theil geworden ist.“ Ob sich wohl andere Staaten dies zur Aufmunterung dienen lassen werden?

**L**ondon, 6. Mai. [Telegraf.] Guten Vernehmen nach hat Preußen einen Vermittelungsvorschlag Englands, Frankreichs und Russlands in der holsteinischen Angelegenheit abgelehnt, da es daran festhält, diese Frage lediglich als eine rein deutsche zu betrachten.

### Frankreich.

**P**aris, 3. Mai. [Die syrische Frage.] Heute Mittags ist der neue türkische Gesandte, Bely Pascha, von Herrn Thouvenel empfangen worden. Die neuen Instruktionen für Syrien sind mit der letzten Post aus Konstantinopel hier angelommen, und alles

cheint sich in bester Verträglichkeit lösen zu wollen. Eine Adresse aus Beyrut an die Kommissarien der Großmächte ist vom 14. April datirt und von etwa 400 europäischen in Beyrut und im Libanon ansässigen Handel- und Gewerbetreibenden jeder Nationalität unterzeichnet, welche ein früheres Schreiben der Konsuln an die europäische Kommission für nicht energisch genug gehalten und deshalb das Bedürfnis empfunden hatten, ihre Wünsche in kräftigerer Form zu Papier zu bringen. Die Intervention Europa's, sagen sie nun, habe allerdings dem Geheimzettel gehahn und augenblicklich Ruhe geschafft, aber noch sei lange nicht genug geschehen, um die Spuren der verübt Gräuelt zu verwischen und deren Wiederkehr zu beschwören. Entschädigungen seien versprochen, aber bis jetzt nicht geleistet worden; die Organisationsfrage scheine noch nicht einmal im Prinzip gelöst zu sein. Wie die Sachen jetzt in Syrien ständen, sei die Fürsorge der Großmächte nöthiger denn je; nur schnelle und kräftige Entschlüsse seien im Stande, den vollständigen Ruin des Landes abzuwenden.

**Paris.** 4. Mai. [Staatsvorschüsse für Industrie.] Die durch Kaiserliches Dekret vom 5. Dezember v. J. eingesezte Kommission, welche die Gesuche der Industriellen um Staatsvorschüsse aus den durch das Gesetz vom 1. August v. J. dazu angewiesenen 40 Millionen prüfen sollte, hat unterm 25. April an den Kaiser einen Bericht erstattet, der heute im „Moniteur“ abgedruckt steht. Es waren im Ganzen über 500 Gesuche um Vorschüsse von zusammen beinahe 80 Millionen eingegangen; 252 wurden zur näheren Prüfung zugelassen und 200 davon, welche auf zusammen 38.440.000 Fr. lauten, angenommen. Demnach wurden 27 Gesuchen auf Eisen und Metalle 9.110.000 Fr., 88 Gesuchen auf Gewebe und Gespinste 15.060.000 Fr., 5 Gesuchen auf Transportwegebau 1.200.000 Fr., 11 Gesuchen auf Bergbau 3.800.000 Fr., 18 Gesuchen auf Maschinen 1.417.000 Fr., 6 Gesuchen auf Zuckerfabrikation 3.250.000 Fr. und 45 Gesuchen auf Papier und verschiedene andere Fabriz zweige 4.583.000 Fr. Vorschuß gewährt. Alle Gesuche im Interesse des Handels und der eigentlichen Landwirtschaft sind überücksichtigt geblieben. Auf 162 Vorschüsse im Betrage von 33 Millionen hat Hypothek gestellt werden müssen, bei den übrigen hat man Kanton verlangt oder reinen Kredit gegeben. Die Rückzahlung soll in zehn Jahresraten erfolgen.

— [Tagesnotizen.] Die „Patrie“ hat (s. gest. Ztg.) keine Verwarnung erhalten, obgleich die Sache heute Gegenstand einer Ministerberathung gewesen. Man sprach sogar im Laufe des Tages von einer einmonatlichen Suspension des Blattes. Wie es heißt, hat namentlich der Kriegsminister, Marshall Randon, auf eine nähere Untersuchung der großen Streitfrage zwischen der städtischen Administration und der „Patrie“ angetragen. — Man spricht von einer Reise des Kaisers nach Toulon für den Monat Juni. Es soll bei dieser Gelegenheit zu einem merkwürdigen Experimente kommen. Das Panzerchiff „La Gloire“ soll nämlich gegen die Flanke eines alten Einzugschiffes anrennen, das man zu diesem Zweck aufsperrt, um sich von der Leistungsfähigkeit des eisernen Schiffsschraubens in diesem Fache zu überzeugen. — Das Théâtre Français soll jetzt auf kaiserliche Verfügung in das neue Louvre verlegt werden. Es heißt bereits, daß die in Angriff genommenen Arbeiten an dem bisherigen Theater im Palais Royal deshalb unterbrochen werden sollen. — Die Familie des Herrn Mirès hat eine Petition an den Kaiser gerichtet, damit jener in eine Krankenanstalt gebracht werde. — Im Hotel du Louvre wird die demokratische Partei Herrn Jules Favre und seinen wenigen Oppositionskollegen des gesetzgebenden Körpers ein großes Bankett geben. Es haben sich bereits mehr als 600 Personen unterzeichnet.

— [Verfahren gegen Mirès; Feier der polnischen Konstitution.] Nichts zeigt so evident die erschreckende Rückstosslosigkeit des gegenwärtigen Regimes als das Verhalten gegen Mirès. Es ist allerdings keine Thatzache, die erst von heute und gestern datirt, daß man in Frankreich Unterdrückung der persönlichen Freiheit sehr gering achtet. Der gegenwärtige Beherrischer dieses Landes hat diese Eigenschaft der Franzosen selbst konstatiert. Er selbst war es, der es ausprach: Man könne die Ruhe des Bürgers hören, sein Hausrat verlegen, ihn Monate lang einer präventiven Einsperrung unterwerfen, alle Garantien der persönlichen Freiheit mißachten, und wenn selbst einige Personen von Gemüthsstimme erheben, daß öffentliche Urtheil bleibt ruhig und ungestört, sobald politische Leidenschaften es leiten. Der Kaiser der Franzosen scheint an dem Fall Mirès die Probe machen zu wollen, ob auch andere Beweggründe, als die von der politischen Antipathie, diktirten eine gleiche Mißachtung des persönlichen Rechts gestattet. Das Regime vom zweiten Dezember hat an der Person des Mannes, den das Geschick ihm zum Mitschuldigen und Opfer zugleich bestimmt hat, diese Probe gemacht und der Erfolg belohnt den Vergebens hat. Herr Matthier, der Anwalt des Gefangenen, verteidigte dem Gerichtshof gegen die Behandlung seines Klienten beredt den Protest erhoben. Mirès bleibt im engsten Verschluß. Bevor noch ein Urteil ergangen ist, ja kaum daß die Untersuchung noch formell begonnen hat, ist ihm jede Verfügung über sein Vermögen entzogen. Das Gericht sequestriert sein Eigenthum, verfügt über seine Rechte, schließt durch seine Bevollmächtigten Verträge ab, löst geschlossene Verträge wieder auf und behandelt einen kaum angeklagten, viel weniger verurtheilten Mann, wie einen durch rechtmäßige Entscheidung zum moralischen Tode Verurtheilten. Bis zum 18. April war dem Gefangenen jede Rücksprache mit seinem Rechtsfreunde untersagt. Seine Familie wurde nur in seltenen Fällen zu ihm gelassen, die unbedeutendsten Familienbriefe durften nur nach vorheriger Durchsicht in seine Hände gelangen, selbst die Mitteilung von der Entbindung der Fürstin Polignac, seiner Tochter, mußte den Schließer zum Organ wählen. Eine schwache, aber wach- und energielle Reaktion giebt sich deshalb in der öffentlichen Meinung gegen diese Behandlung kund; allein die Presse wagt kein Wort. Mirès' eigene Journale sind unter die Leitung seiner Gegner gestellt, und ein Protest des Fürsten von Poitou gegen die willkürlichen Haussuchungen, das Erbrechen von Briefen, in denen man Mirès' Geheimnisse vermutete, und dattionsbüros gemacht. — Das Hotel Lambert, in welchem Dattoriyski seinen glänzenden Haushalt, um nicht Hofhalt zu sagen, führte, war gestern Abend der Schauplatz eines glänzenden Festes. Die polnische Emigration beging den siebzigsten Gedenktag des 3. Mai 1791. Herr v. Persigny hat dem Fürsten vorgestern einen

Besuch gemacht, wie man sagt, um im Auftrage des Kaisers Mäßigung zu empfehlen. (B.H.)

## Belgien.

**Brüssel.** 3. Mai. [Die Arbeiterunruhen in Gent.] In Gent, der größten Fabrikstadt Belgiens, sind am Montag, wie schon gemeldet, unter den Kattunarbeitern gefährliche Unruhen ausgebrochen. Es gibt deren, berichtet man der „B.Z.“ Spinner, Weber, Bleicher und Drucker, über 70.000 dort, und man schätzt die Kapitalien, die zu dieser Industrie verwendet und dadurch in Umlauf sind, auf über 50 Millionen Franken. Schon vor zehn Tagen hatte eine große Anzahl der Arbeiter aus der Fabrik von Parmentier und Komp., angeblich wegen zu niedern Lohnes, die Arbeit eingestellt. Sie können das um so leichter, als die Kattunarbeiter unter sich eine Kasse haben, woraus sie bei Einstellung der Arbeit unterzuputzen werden. Mr. Parmentier hatte sich damit geblossen, daß er auswärtige Arbeiter aus Alost, Renay, Tournai und sogar aus Brüssel angenommen hätte, und dabei hatte er durch Abschlagszettel bekannt gemacht, daß er Weber beiderlei Geschlechts verlangte und den guten Arbeitern 15 Fr., also 4 Thlr. Wochenlohn und mehr versprach. Die auswärtigen Arbeiter wurden von den einheimischen verhöhnt und maltraktiert, und das Zettel abgerissen, aber die energische Haltung der Polizei machte diesen ersten feindlichen Manifestationen ein Ende. Nun war der Sonntag dazwischen gekommen und der Montag, wo stark getrunken wird, dazu, und Montag Nachmittags gegen drei Uhr wimmelte die Scheerschleiferstraße von Arbeitern, die nach dem Saaltheater zogen, wo ihrer schon eine kompakte Menge harrete. Sie trugen große Zettel, worauf in flämisch die Worte zu lesen: „Eintracht macht stark. Die Weber von Gent.“ Zu der Scheerschleiferstraße begegnete der Zug Hrn. Parmentier und seinem Buchhalter, die angegriffen und mißhandelt wurden und ihre Rettung nur einem mutigen Bürger, die sie fortbrachten, verdankten. Die Arbeiter zogen hierauf vor die Fabrik des Hrn. Parmentier, die jedoch von zahlreichen Polizeiagenten besetzt war und deren elterne Gitter geschlossen waren. Die Gitter wurden mit Balken zertrümmert und die aufgeregte Menge drang ein, wobei es zum Kampfe mit der Polizei kam, und vier Kommissarien und mehrere Agenten mehr oder weniger verwundet wurden. Die Weiber sollen am wütendsten gewesen sein, eine einem Agenten den Säbel entzogen und drauf geschlagen haben, während eine friedliche Arbeitern zurieth, daß sie zu feig wären, um ihren Brüdern in dem Werke des Aufruhrs und der Zerstörung, das sie unternommen, zu helfen. Die Polizei blieb jedoch zuletzt Meister vom Platz. Wie viele Verwundungen unter den Arbeitern vorkommen sind, weiß man noch nicht. Die Bürgergarde wurde gleich versammelt und die Gendarmerie und die Garnisonstruppen requirirt. Aber nur die Bürgergarde ist, von der Polizei und Gendarmerie unterstützt, eingebrochen, gegen hundert Verhaftungen wurden vorgenommen; auch soll es der Polizei gelungen sein, während der Nacht die Rädelsführer, die sich verborgen hatten, zu ergreifen. In den meisten Kattunfabriken ist die Arbeit eingestellt worden und Weiber und junge Mädchen durchzogen singend die Straßen. Vor allen bedrohten Fabriken waren Bürgergarden, Polizei und Gendarmerie gelagert. Der Dienstag verlief ruhig, aber man fürchtete für den Abend, weil die Beförderen sich geweigert, die Verhafteten frei zu geben und sich auf entfernten Punkten der Stadt die Arbeiter wieder versammelten. Die Truppen sind für jedes Ereigniß bereit und von dem Bürgermeister Gents ist ein Aufruf an die Arbeiter eröffnet, worin er sie in ihrem eigenen Interesse zur Ruhe und Ordnung ermahnt, damit er nicht nötig hätte, zu der Armee die Flucht zu nehmen. (Glücklicherweise sind die Konflikte, wie bereits mitgetheilt, beseitigt. D. Red.)

**Brüssel.** 4. Mai. [Sensationsverhandlungen.] Der Senat hat heute mit 27 gegen 7 Stimmen die 15 Millionen für die Artillerie bewilligt. Sieben Senatoren enthielten sich der Abstimmung. Die Debatte des Senates bot geringes Interesse. Der Senat nahm hierauf auch den Gesetzentwurf an, der den mit Hannover über den Stader Zoll abgeschlossenen Vertrag gutheißt. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, ward der Senat auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Italien.

**Turin.** 2. Mai. [Tagesnachrichten.] Graf Mamiani, ehemaliger Minister des öffentlichen Unterrichts, welcher kürzlich zum bevollmächtigten Geschäftsträger Italiens in Athen ernannt worden ist, wird sich Ende Mai auf seinen neuen Posten begeben. — Auf Ansuchen der Florentiner Handelskammer wird der Handelsminister dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die auf 1861 anberaumte Kunst- und Industrieausstellung in Florenz auf das Jahr 1863, d. h. auf die Jahrhundertsfeier Dante's (Dante wurde i. J. 1263 im Mai geboren), verschoben werden soll. — Im italienischen Kriegsministerium herrscht eine ungeheure Thätigkeit, sowohl in Betreff von Waffenkaufen, wie von Ankäufen aller für die Armee nötigen Gegenstände. Man erwartet dieser Tage 150.000 Gewehre welche die Regierung in St. Etienne bestellt hat. — Man schreibt der „Sentinella Brecciana“ aus Padua vom 27. April: „Heute Morgens sind der Exherzog von Modena und der Ex-Großherzog von Toscana in Padua angekommen. Sie haben über sämtliche Truppen Revue gehalten und denselben in einer begeisterten Rede den Übergang über den Po für den 8. Mai verkündet.“ (?)

— [Brief Herzogs an Garibaldi.] Die Mailänder „Unita Italiana“ bringt nachstehende Antwort von Herzog an General Garibaldi:

Lieber General! Ich werde die Worte Ihres Mitgefühls den polnischen und russischen Offizieren mittheilen. Glücklicherweise hatten wir vor dem Eintreffen Ihrer Räthschläge bereits entsprechend gehandelt. Uebrigens war kein großer Verdienst dabei, wir konnten nicht wohl anders handeln. Wir hatten freilich von einer zulustigen Allianz aller slavischen Völker träumt, vertagen wir jedoch diesen frommen Wunsch für eine günstigere Zeit. Die gegenwärtigen Umstände erheischen die vollständige Unabhängigkeit Polens (sans phrases), seine „absolute“ Emancipation von Russland und Deutschland. Man hatte wohl denken können, daß Kaiser Alexander, der sich in der russischen Bauernfrage so edelmäßig benommen, endlich die historische Notwendigkeit der Wiederherstellung Polens begreifen würde. Unglücklicherweise findet sich bis jetzt in diesem Manne ein wenig vom dem Desstreicher, Viet von dem Preußen und vor Allem unendlich viel vom Mongolen.... Bevor ich Ihren Brief erhalten habe ich ein Brückstück desselben durch den Telegraphen gelesen und sofort durch die Blätter denselben beantwortet. Ich schicke Ihnen die „Daily News“, und wenn Sie es für nötig halten, so rücken Sie sie in den „Dritto“ ein. Ich füge dem Journal den Auftrag bei, den Sie 1854 an die in Russland kämpfende Armee erliegen. Ich ergreife diese Gelegenheit, lieber General, Ihnen das, was die Welt Ihnen sagt und was wir Alle für Sie empfinden, zu wiederholen: den Ausdruck unserer Bewunderung, Sympathie und Liebe. A. Herzog.

## Spanien.

**Madrid.** 4. Mai. [Die Einverleibung San Domingo's; Vermehrung der Marine.] Der ministeriellen „Correspondencia“ wird telegraphirt, daß „alle Städte von San Domingo Pronunciamiento's zu Gunsten der Einverleibung in Spanien gemacht haben“. Die spanische Regierung wird, dem ministeriellen Organ zufolge, in Kurzem den Mächten die Annahme dieser Einverleibung anzeigen. Der Anfang des Zurückgewissens europäischer Staaten in amerikanische Verhältnisse ist das erste folgenreiche Ereigniß nach der Zersplitterung der nordamerikanischen Union. Die „Correspondencia“ meldet ferner: „Man sagt, daß, nach dem auf die Angelegenheiten Domingo's bezüglichen Plane Frankreichs, Spanien sich in dem weißen, Frankreich in dem schwarzen Theile der Insel festsetzen soll.“ — Im Laufe dieses Jahres wird die spanische Marine um sechs Schraubenregatten ersten Ranges vermehrt werden. In Kurzem wird auch das Antillen-Geschwader um drei oder vier Kriegsschiffe vermehrt. Zwei davon

sind bereits abgegangen. Die dort versammelte Seemacht ist stärker als die der Vereinigten Staaten.

## Rusland und Polen.

**Petersburg.** 5. Mai. [Ministerwechsel.] Nach einem Telegramm der „B.H.“ hat der Kaiser den Witlichen Staatssekretär und Beisitzer des Ministerkonseils Wallujeff zum Minister des Innern ernannt. Der bisherige Minister des Innern, Lanskoy, ist in den Grafenstand erhoben und zum Oberhofmarschall ernannt.

— [Aus dem Königreich Polen.] 4. Mai. [Vorbereitung Demonstration; Militärisches usw.] Gestern sollte zur Erinnerung an den 3. Mai 1791 in Kalisch eine Illumination stattfinden, und eine Menge polnischer Gutsbesitzer trafen vor gestern dort ein. Die Meisten aber verließen schon im Laufe des gestrigen Nachmittags die Stadt wieder, weil der Gouverneur, General Boronoff, erklärt hatte, er werde jede Beleuchtung oder ähnliche Kundgebung als eine Demonstration ansehen und auf Strengste ahnden. — Nach einem vorgestern eingegangenen Befehl sollen die bereits auf Kriegs Fuß gestellten 80.000 Mann, welche gegenwärtig im Königreich stehen, vollständig mobil gemacht werden, um jeden Augenblick fertig zu sein. Zu diesem Behufe werden auch die noch nötigen Pferde und sonstiger militärischer Mehrbedarf angefaßt und nun Alles in volle Bereitschaft gesetzt. — Bis jetzt beläuft sich die Zahl der in Warschau theils Gebüllenen, theils nachträglich an ihren Wunden Gestorbenen von beiden Seiten zusammen auf 63.

— [Von der polnischen Grenze.] 6. Mai. [Telegr.] Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Warschau dauern daselbst die gerichtlichen Civiluntersuchungen und Verhaftungen fort. Wegen der Feier des russischen Osterfestes sind verschärzte militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Vor der Kathedrale sind Kanonen aufgesfahren.

## Dänemark.

**Kopenhagen.** 1. Mai. [Agitation gegen das Ministerium.] Die Führer der dänischen antiministeriellen Partei, Bathasar Christensen und J. A. Hansen, bereisen die kleineren Städte der dänischen Inseln, nachdem sie hier in der Hauptstadt mit ihrem Danevirkeverein Fiasko gemacht haben, und halten dort öffentliche Versammlungen ab, fallen aber an den meisten Orten mit ihren Vorschlägen zu antiministeriellen Adressen an den König durch. Der Hauptgrund ihres unglücklichen Manövers liegt offenbar darin, daß ihre Anklagen gegen das Ministerium hauptsächlich basirt sind auf eine angeblich zu große Nachgiebigkeit des Ministeriums gegen die Forderungen des deutschen Bundes, während jeder nachdenkende Mensch einsehen muß, daß diese Nachgiebigkeit nur in der durch Fanatismus erhielten Phantasie jener Männer existirt, in Wirklichkeit aber niemals vorhanden gewesen ist. Keinem Dänen fällt es natürlich ein, das Verfahren des Ministeriums gegen die holsteinische Ständeversammlung zu tadeln, durch welches das ganze dänische Regierungssystem vor den Augen ganz Europas schwer kompromittiert worden ist. Die jetzt endlich in mehreren hiesigen Zeitungen erschienenen Erinnerungen auf die Entgegnungsschrift des Ministerkommissars Raaschöf haben auch nicht das Mindeste zur Rechtfertigung der entblößten Zweizüngigkeit der Regierung vermocht, obgleich man sich mehrere Wochen Zeit gelassen hat, auf Ausflüchte zu sinnen. (R. 3.)

## Amerika.

**New York.** 20. April. [Vorbereitungen zum Kriege.] Virginien ist aus der Union ausgeschieden, und der Gouverneur hat eine Proklamation erlassen, in welcher er den südlichen Bund anerkennt. Natürlich hat diese Nachricht im Süden großen Jubel verursacht. Die Regierung des Staates hat den Hafen von Norfolk gesperrt, indem sie am Eingange desselben Schiffe versenkte. Ein Kriegsschiff hat gedroht, die Stadt dem Boden gleich zu machen, wosfern nicht die Hindernisse weggeräumt würden. Vorgestern zerstörten die zu Harpers Ferry von 1000 Virginern bedrängten Bundeskommisare das dortige Zeughaus nebst Werkstätten und zogen sich dann mit einem Verluste von drei Mann nach Pennsylvania zurück. In Nordkarolina sind die Bundesorts von den Staatsbehörden genommen worden. Ein Regiment aus Massachusetts ward auf dem Wege nach Washington in Baltimore von einem Pöbelhaufen angegriffen. Die Zahl der Toten auf beiden Seiten betrug elf, und zahlreiche Verwundungen kamen vor. In Baltimore ist das Kriegsrecht verkündet worden. Gouverneur Hicks verweigerte den Bundesstruppen den Durchmarsch durch Baltimore. Das Regiment von Massachusetts ist gestern in Washington angekommen. Präsident Lincoln hat eine Proklamation erlassen, durch welche er über die Hafen aller ausgeschiedenen Staaten den Belagerungsstand verhängt. Die Bundesregierung will die Befehlshaber und die Mannschaften aller mit Kaperbriefen versehenen Schiffe des Südens als Piraten behandeln. Kein Proviant und keine Waffen dürfen nach dem Süden abgehen. In Washington kommen von allen Seiten her Truppen an. Gegenwärtig stehen dort 5000 Mann unter Waffen. Alle Brücken zwischen Baltimore und Washington sind abgebrochen. Von Philadelphia aus sollen Bundesstruppen über Havre de Grace und Annapolis (beide Städte sind eben so wie Baltimore im Slavenstaate Maryland gelegen) nach Washington marschieren. Was die südliche Anleihe betrifft, so ist bereits der volle Betrag gezeichnet.

**Veracruz.** 1. Mai. [Anerkennung der liberalen Regierung; anarchische Zustände.] Der „Corr. Havas“ wird von hier geschrieben: „Die Vertreter der Fremdmächte haben die liberale Regierung von Mexiko anerkannt, und der französische Geschäftsträger hat seine Beglaubigungsschreiben Juarez überreicht. — In Mexiko ist das Elend auf den höchsten Grad gestiegen. Die Familien flüchten in Masse, und die Plätze der Postwagen sind schon für einen ganzen Monat voraus belegt. Man sieht in den Straßen von Meriko zu Fuß und zu Pferde, während man wenige Schritte vor der Stadt die Reisenden, welche mit der Eisenbahn kommen, anhält und ausplündert. Sowohl in der Stadt, wie in der Umgegend, herrscht die größte Unsicherheit. Die Diebe beginnen sich nicht damit, nur zu stehlen, sondern sie morden auch.“

— [San Domingo, 8. April. Landung spanischer Truppen.] Man schreibt dem „Moniteur“ von hier: „Die für die Stadt San Domingo bestimmte spanische Garnison ist am 8. April gelandet. 2000 Mann sollen die Garnison

bilden, und 1000 Mann werden nach Porto Plata gesandt werden. In Samona, wo man die Absicht hat, Werften zu errichten, wird ein ziemlich bedeutendes Material angehäuft werden. General Santana hat den Titel „Generalkapitän“ und Kapitän Velas denjenigen eines „secundo cabó“ erhalten. Die Ruhe scheint nicht gestört zu werden.

### Vom Landtage.

Berlin, 6. Mai, [25. Sitzung.] Das Haus wird zur Einweihungsfeierlichkeit des Beuthdenkmals zum 13. Mai eingeladen. — Nach der Vereidigung des Herzogs v. Arenberg und des Fürsten Salm-Salm fährt das Haus in der Spezialdebatte zu Nr. 1 der Grundsteuervorlagen fort. — Dr. v. Kleist-Reizow weist als Berichterstatter in Bezug auf §. 4, welcher von den beizuhaltenden Grundsteuerbefreiungen handelt, auf bestehende Privilegien hin, deren Verleugnung doch bedenklich sein dürfte. — Der Finanzminister: Die Regierung hat das Recht, den Häusern des Landtages ein Gesetz wie das in Rede stehende vorzulegen. — Dr. v. Waldaw-Steinhöfel stellt fest, daß wenn das Haus den §. 4 annimmt, es mit der Aufhebung bestehender Privilegien auch einen Eingriff in andere bestehende Rechte begeht. — Dr. v. Senfft-Pilsach erklärt, daß er für Sr. 6 in §. 4, die Dominialgrundsteuer der vormalen Reichs-unmittelbaren betreffend, stimmen wird. — Dr. v. Düesberg: Die Vorlagen haben keineswegs die Bundesbeschlüsse gegen sich. — Fürst Solms-Lich: Pflichten in einem andern Lande, welche mit meinen Pflichten in diesem Hause solidarisch, haben mich bisher abgehalten, den Sitzungen dieses Hauses beizuhören. Ich bedaure die bisherigen Abstimmungen, denn ich muß mir sagen, daß, wenn eine Stimme die Entscheidung gegen die Vorlagen zur Folge hätte, ich dafür nicht die Verantwortung tragen möchte. Ich werde für die Vorlagen stimmen. (Bravo!) — Der Finanzminister bestätigt die Erklärung des Herrn v. Düesberg. — In den folgenden Abstimmungen wird der §. 4 nach der Regierungsvorlage angenommen, dann auch §. 5 ohne Diskussion. Zu §. 6, die Ermittlung des Reinertrags beabsichtigt der Grundsteuer betreffend, hat die Kommission eine Änderung beantragt, während Herr Camphausen (Berlin) die unveränderte Annahme des §. 6 nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses beantragt. — Dr. v. Meding: Gegenwärtig geht der Staat, abweichend vom früheren Verfahren, davon aus, daß alle Staatssteuern dem ganzen Staate zu Gute kommen sollen. Von diesem Standpunkt aus kann man zwar ein gewisses Recht für die Vorlagen zugeben, ohne ein schmerzliches Gefühl in den Provinzen als unberechtigt bezeichnen zu dürfen, welche bisher von der Grundsteuer nur mäßig betroffen waren. Wenn in früheren Jahrhundertern auch Ungerechtigkeiten in der Besteuerung durchgesetzt worden sind, so giebt das doch kein Recht, jetzt auf jenen Grund hin sich neuer Ungerechtigkeiten schuldig zu machen. — Dr. v. Düesberg: Wenn eine genügende Katastirung zu Gebote stände, dann wäre die Durchführung der Vorlage leichter, was aber in dieser Beziehung vorliegt, ist nur düstig und motiviert die Vorschläge der Regierung. Es würde nicht billig sein, zu den Gemeinkosten für die Durchführung des vorliegenden Gesetzes auch die Westprovinzen heranzuziehen; das Haus wolle daher die Regierungsvorlagen annehmen. — Herr v. Bander empfiehlt das Amendment Camphausen. — Dr. Hasselbach erkennt an, daß die Kosten zur Durchführung der Vorlage zu tragen seien, wie die Kosten der Einführung jeder neuen Steuer, aber nur ein Theil der Einwohner werde von der in Rede stehenden Steuer betroffen und das begründet eine Änderung der Kostenfrage. Die Westprovinzen haben keine Entschädigung bei Einführung der Grundsteuer erhalten und es wäre Unrecht, sie noch an den Kosten für die Durchführung der Grundsteuervorlagen in den Ostprovinzen partizipieren zu lassen, daher sich das Camphausensche Amendment zur Annahme empfiehlt. — Der Finanzminister Dr. v. Patow: Die beiden Haupttheile der Monarchie sind quantitativ und qualitativ sehr verschieden, und schon dieser Umstand muß bei der Ausführung dieses Gesetzes berücksichtigt werden. Es würde aber in keiner Weise zu verantworten sein, die Westprovinzen, welche die Kosten der Katastirung zur Einführung der Grundsteuer schon getragen, nun noch einmal zu denselben Ausgaben für den ganzen Staat heranzuziehen. Weder der Regierungsvorschlag noch der Antrag Camphausen präjudiziert die Aufbringung der Kosten und es bleibt der Regierung unbenommen, in dieser Beziehung Geleyvorlagen einzubringen, welche die Erledigung dieser Angelegenheit zur angemessnen Zuständigkeit in Aussicht stellen. Ich bitte daher dringend, das Amendment Camphausen anzunehmen, das die Regierung als eine wirkliche Verbesserung anerkennt.

Herr v. Meding kann ein Bedenken in Betreff der Kosten für die Ostprovinzen nicht unterdrücken, trotz der Erklärung des Finanzministers, daß die Regierungsvorlage in seiner Weise eine zulässige Erleichterung in Aufbringung der Kosten präjudizieren solle, und dieses Bedenken bezöge sich auf die Stimmung in den Ostprovinzen, wenn die Regierungsvorlage angenommen werde. — Der Finanzminister glaubt nicht, daß aus seinen Neuerungen sich der Schluss ziehen lasse, daß die westlichen Provinzen in irgend einer Weise auf Kosten der Ostprovinzen bedacht werden könnten. — Herr v. Kleist-Reizow empfiehlt so dringend die Annahme des Kommissionssantrages, wie der Finanzminister die der Vorlage empföhlt. Die Kostenangabe von etwa 3 Millionen Thalern sei eine ganz oberflächliche Angabe, da viele Kosten der Ausführung in dieser Angabe gar nicht Platz gefunden; auch liege gar kein Grund vor, es als unmöglich zu bezeichnen, daß die Grundsteuer einmal bis auf 25 Prozent steige, was jedenfalls mit Art. 101 der Verfassungsurkunde im Wider spricht. Es sei nicht gerecht, daß die Steuerzahler auch die Kosten der Einführung einer neuen Steuer zu tragen hätten, und nur billig, den Ostprovinzen diese Kosten nicht allein aufzubürden. Es sei sehr zu berücksichtigen, daß frühere Vorlagen der Regierung einen Vorwurf wegen der Kosten nicht enthalten hätten, wie er in der gegenwärtigen Vorlage sich befindet. Man habe immer die zu gewährnde Entschädigung her vor, aber auch die westlichen Provinzen seien entshädigt worden durch Aufhebung verschiedener Lasten, die in den Ostprovinzen fortbestehen würden. Jetzt einmal bittet daher der Redner das Haus um Annahme des Kommissionssantrages. — Der Finanzminister sieht sich veranlaßt, noch einmal zu widerholen, daß eine Verleugnung von Rechten in Erhebung der Kosten in keiner Weise die Rede sein könne, und daß die Regierung bereit sei, die Hand zu jeder zulässigen Erleichterung der Kostenausbringung zu bieten. Wenn der Herr Referent auf den Frieden hinweise, den er mit seiner Ausführung anstrebe, so könne er (der Redner) versichern, daß auch die Regierung nach seiner Seite hin den Frieden führen wolle. — Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Herrn v. Kleist-Reizow wird in der folgenden Abstimmung Alinea 1 des §. 6 nach der Vorlage, Alinea 2 nach dem Camphausenschen Antrage in namenslicher Abstimmung mit 104 gegen 90 Stimmen angenommen. §. 10, betreffend den Übergang steuerfreier Grundstücke in die Klasse der steuerpflichtigen und umgekehrt wird ohne Diskussion nach der Vorlage angenommen. Zu §. 11, allgemeine Bestimmungen enthaltend, hat die Kommission statt des 1. Januar 1865, von welchem an nach der Vorlage die bestehenden, die Grundsteuer betreffenden Vorschriften außer Kraft treten sollen, den Tag gesetzt, „von welchem ab die neu festgestellten Grundsteuern in Erscheinung treten werden“. — Graf Hoverden sucht den Kommissionssantrag zu vertreten, geräth aber so sehr in die Generaldiskussion, daß er von dem Präsidenten zur Sache gewiesen wird. Er unterschließt darauf den für die Vorlage stimmenden Mitgliedern des Hauses die Intention, sich der Krone gefällig erweisen zu wollen und wird deshalb vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, worauf schließlich der Redner bemerkt, daß, wie für andere Ereignisse, so auch nach Annahme der Vorlage bemerkt, daß, wie für andere Ereignisse, so auch nach Annahme der Vorlage eine Zeit kommen werde, in der man sagen könne: „Zu spät!“ — Da der folgenden Abstimmung daran erst §. 11 und dann, ohne Diskussion, §. 12, der letzte der Vorlage, angenommen. — Den Eingang v. Berlin und der Regierungsskommissar empfehlen die Annahme des Einganges nach der Vorlage, die dann in der folgenden Abstimmung mit großer Majorität erfolgt. — Über eine von M. H. Eingenbrink und Genossen eingegangene Petition wird nach dem Kommissionssantrage zur Tagesordnung übergegangen.

Das Haus geht hierauf zu dem Kommissionssantrage B. über, betreffend eine Anweisung für das Verfahren bei Ermittlung des Reinertrags der Steuergesellschaften beabsichtigt Regelung der Grundsteuer. Zur allgemeinen Diskussion nimmt das Wort Graf Königsmarck (Olesnitz) als Berichterstatter, indem er mit wenigen Worten die Anträge der Kommission empfiehlt, sich bei der Diskussion der einzelnen Paragraphen ein Weiteres vorbehält. Es werden darauß ohne Diskussion des Eingangs des Gesetzes und die §§. 1—4 nach der Vorlage, die §§. 5—13, größtentheils nach der Vorlage angenommen. Zum §. 14, von der Bildung einer Veranlagungskommission für jeden landräthlichen Kreis handeln, hat die Kommission statt des Wortes „Kreisvertretung“ beantragt: „kreisständische Verfassung“. — Herr Camphausen (Berlin) und der Regierungsskommissar empfehlen mit wenigen Worten den §. 14 nach der Vorlage. — Herr v. Meding glaubt, daß §. 14 nach der Vorlage zu weite Interpretation finden könne, was die Ausführung des Gesetzes möglicher Weise

erschwere, daher der Kommissionssantrag zu empfehlen sei. — Herr Hering: Es erscheine der Ausdruck „Kreisvertretung“ an dieser Stelle korrekter, weil es sich in der That nicht sowohl um eine kreisständische Angelegenheit, als vielmehr um eine Angelegenheit im Kreise handle, und daher sei §. 14 der Regierungsvorlage zu empfehlen. — Nachdem Herr v. Waldaw-Steinhöfel kurz zur Sache gesprochen, empfiehlt Graf Ritterberg die Annahme des Regierungsvorlage, weil „Kreisvertretung“ und „Kreisverfassung“ wesentlich dasselbe bedeuten, jenes Wort aber in Übereinstimmung mit der Regierung auch das andere Haus schon angenommen habe. — Kurzen tatsächlichen Berichtigungen des Ministers der landwirtschaftlichen Angelegenheiten und des Herrn v. Kleist-Reizow folgt der Berichterstatter Graf Königsmarck (Olesnitz), um noch einmal §. 14 nach dem Kommissionssantrage zu vertreten, worauf aus der folgenden Abstimmung durch Aufstehen und Sitzbleiben und dann auch durch Zählung sich kein Resultat ergibt, daher zum Abmundaufschrei geschritten wird, der mit 95 gegen 92 Stimmen die Annahme des §. 14 nach dem Kommissionssantrage ergibt. Ohne jede Diskussion werden darauf die §§. 15—24 nach der Vorlage angenommen. Da §. 25 Bezug auf die Anlage C, allgemeine Grundätze bei Abstimmung des Reinertrags der Steuergesellschaften betreffend, nimmt, so geht die Diskussion auf diese über. Ohne Debatte werden die §§. 1—7, und zwar §§. 1, 2 und 5 nach den Kommissionssanträgen, die andern nach der Regierungsvorlage angenommen.

Zu §. 8, betreffend die Einschätzung der Holzungen, hat die Kommission eine Änderung beantragt, so wie auch das andere Haus. — Der Finanzminister empfiehlt die Annahme des §. 8 der Vorlage nach einem in das Technische der Forstwirtschaften eingehenden Vortrage. — Dr. v. Meding behauptet, daß, weil es sich bei Beurteilung des Wertes eines Waldes für seinen Besitzer nicht sowohl um Bodengüte, als vielmehr um das in den Waldbetrieb gestellte Kapital handle, deshalb auch andere Rücksichten bei der Einschätzung der Holzungen zu nehmen seien, als bei Ackerlandereien. Der Redner glaubt, daß der Änderungsantrag des Herrn Camphausen (Berlin) dieser Rücksicht Rechnung trägt, daher anzunehmen ist. — Dr. v. Kleist-Reizow wundert sich über diese Empfehlung. Er giebt zu, daß derselbe das, was §. 8 nach der Vorlage will, nicht so deutlich ausspricht, er wird sich aber demselben anschließen können mit der Annahme eines Unteramendements, welches er dem Präsidenten überträgt. — Der Finanzminister: Nach Annahme des §. 3, wonach nur der Reinertrag des Besitzthums zur Veranlagung der Grundsteuer kommen soll, kann eine Abänderung des §. 8 weder nach dem Kommissionssantrage noch nach dem Unteramendement, nicht mehr stattfinden. — Herr Camphausen empfiehlt seinen Antrag, Dr. v. Senfft-Pilsach denjenigen der Kommission; er gibt Berechnungen über Forstverträge und lobt die Kommission wegen der gründlichen Behandlung der Forstwirtschaft. — Dr. Richtsteig, der seit Jahren an der Verwaltung der großen Görlicher Forsten Theil nimmt, wird durch seine Erfahrungen bestimmt, die Regierungsvorlage oder das Amendum Camphausen anzunehmen. Würde der Kommissionssantrag angenommen, so müßt jeder Forsttaxator in Ausübung seines Berufes in die größte Verlegenheit gerathen. — Nach tatsächlichen Berichtigungen der Herren v. Senfft-Pilsach und Hasselbach folgt Dr. v. Waldaw-Steinhöfel, der der Behauptung eines alljährlich sicherer Ertrages die Frage entgegengestellt: Wie dann, wenn jemand seine Forst rastet und dann die Provinz verläßt? — Dr. v. Kölner behauptet, daß mehr oder weniger alle Forsttaxatoren Sitten sind. Will man nach der Forstwirtschaft großer Forsten, z. B. der Staatsforsten, zur Taxierung eines kleinen Forstes einer kleinen Ortschaft schreiten, so wird man erst recht zu einer Fiktion gelangen. Man möge daher den Kommissionssantrag annehmen. — Der Finanzminister: Man scheint von einer unrichtigen Voransetzung auszugehen, indem man befürchtet, daß in der Abhängigkeit Grundsätze gleichmäßig zur Anwendung kommen sollen, die weder beabsichtigt sind, noch in Aussicht stehen. Man hat zu vertreten gegeben, daß die Forstwirtschaft wohl weniger bedeutende Vertretung hier im Hause hat; darüber habe ich mich nicht zu äußern, wohl aber kann ich die Versicherung geben, daß die Vorlage in ihren forstwirtschaftlichen Beziehungen auf den Urtheilen der bedeutendsten Forstmannen beruht. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Berichterstatter Graf Donnersmarck empfiehlt nochmals den Kommissionssantrag, spricht sich aber persönlich für das Amendum Camphausen aus. In der Abstimmung wird der §. 8 nach dem Amendum Camphausen angenommen. Es werden endlich auch die §§. 9—15, letzterer mit einer unbedeutenden Abänderung angenommen und die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Die Kommission des Landtages für Landwirtschaftlichen hat über die Novelle zu dem Gesetz vom 15. April 1857 wegen Ablösung der den geistlichen u. katholischen Reallasten Bericht erstattet. Berichterstatter ist Herr v. Gafron. Die Kommission lehnt die prinzipiellen wesentlichen Paragraphen des Entwurfs einstimmig ab, und empfiehlt ihn so modifizirt mit 9 gegen 3 Stimmen zur Annahme. Die entscheidende Stelle in dem Bericht lautet: „Jede gerechte und weise Gesetzgebung müsse sich prinzipiell auf die dringendsten Bedürfnisse beziehen. Die preußische Agrargelehrung habe seit einem halben Jahrhundert nur zu sehr die Meinung dargethan, auf dem Felde der Reallastenablösung die Grenze dieses Bedürfnisses sehr weit zu stecken, dies beweise auch der vorliegende Gesetzentwurf. Jede Provovation auf Ablösung enthalte eine Eigenthumsverlegung. Das entscheidende Moment für die Notwendigkeit der Ablösungen sei die Kulturlöslichkeit, daher die Auseinanderziehung der guischtlichen und bärlichen Verhältnisse bei ländlichen Grundstücken, so wie die Aufhebung der Erbunterhängigkeit und die Ablösung der aus derselben hervorgehenden Leistungen gerechtfertigt seien; nicht schädliche Leistungen aber, deren Befreiung durch ein Bedürfnis nicht geboten würde, könnten und müßten unter Umständen bestehen bleiben. Hierin sei die preußische Regierung zu weit gegangen, und müsse vor extremen Richtungen ernstlich gewarnt werden. Das Gesetz vom 15. April 1857 beweise, daß durch das Gesetz vom 2. März 1850 auf dem Gebiete der Kirche überall verweilten Verhältnisse mit Recht zu Gunsten der stark verletzten berechtigten Institute zu lösen.“ Wenn von dem Gesetz nur wenig Gebrauch gemacht sei, so sei dies ein Bob für das Gesetz, welches dem Menschen nach Ablösung so glücklich Einklang gehabt; so sei dies ein Bob für die Verpflichteten, die oft aus gebrachter Pietät jene Leistungen an Kirchen, Schulen u. s. w. nicht ablösen wollten. — Die Verlegungen, welche das Gesetz vom 2. März 1850 den Privatberechtigten zugefügt, würden sich zum Staube gestalten, wenn dessen Bestimmungen auf geistliche und andere Stiftungen hätten Anwendung finden sollen.

### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 6. Mai, [26. Sitzung.] Am Mittwoch ist das ganze Ministerium mit Annahme des Dr. v. Patow und des Generals v. Roon. Die Tribünen sind überfüllt; in der diplomatischen Loge deutsche Gesandte, französische Sekretäre, der türkische Gesandte, die Gräfin Chotek und andere Damen des diplomatischen Corps. In der Loge ein hessischer Prinz. — Das Haus wird zur Einweihungsfeierlichkeit des Beuthdenkmals eingeladen. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. v. Binske über die Macdonaldsche Angelegenheit (s. Parlamentsverhandlungen in Nr. 99). Das Wort nimmt Abg. v. Binske: Die Thatsachen, welche zu dieser Interpellation Anlaß gegeben, werden Ihnen aus den Zeitungen und aus den 57, sage 57 darüber geschriebenen Noten erinnerlich sein. Meine Herren, Sie erlauben mir, den Hergang kurz mitzutheilen. Der Redner resumiert die Thatsachen, theilt die aus dem Blaubuche bekannte Note Lord John Russells mit, infowieweit sie sich auf das Urtheil der Kronjuristen beruht. Man hatte nun glauben sollen, die englische Regierung werde sich dabei beruhigen, aber nein. Sie wirft Preußen bösen Willen vor und es wirkt ihr preußischer Seits in der Note vom 27. Februar in energetischer und würdiger Weise geantwortet. (Der Redner verliest die Note, wobei er durch häufiges Hört! Hört! unterbrochen wird.) Aus dieser Note ist vollständig und mit Klarheit der Sachverhalt dargestellt, die Beleidigungen der englischen Regierung sind zurückgewiesen, es ist darin nichts Verleidendes gesagt und damit hätte man glauben sollen, wäre die Sache endlich erledigt gewesen. Nun gehört es aber nicht zu den liebenswürdigen Eigenschaften der englischen Nation, Unrecht einzugehen; sie will immer das letzte Wort behalten und so konnte es nicht Wunder nehmen, daß zwei Monate nachher bis dahin unbekannte Mitglieder des englischen Unterhauses die englische Regierung interpellirten, die Gefahren hervorholten, denen Engländer ausgegolten sind, die Preußen reisen, und die Regierung veranlaßten, sich über die Schutzmaßregeln zu erklären. Mit Erfahrung habe ich die Antwort Lord Palmerstons in der „Königlichen Zeitung“ gelesen, und da es sich hier um einen amtlichen Auspruch handelt, so habe ich mir den Urtext verschafft und gefunden, daß die deutsche Übersetzung der „Königlichen Zeitung“ wortgetreu und nur an zwei Stellen von den englischen Worten darin abweicht, daß die deutschen Ausdrücke gemildert worden sind, während Palmerston weit verlegendere gebraucht hatte. (Der Redner verliest die Antwort Lord Palmerstons und erregt damit bei mehreren Stellen ein schallendes Gelächter, wohl die schärfste Art, dem alten Pam entgegenzutreten.) Palmerston erklärt, die preußischen Beamten haben eine Zurechtweisung verdient; in demselben Atem sagt er aber auch, daß man das Gutachten der Kronjuristen als kompetent anerkennen müsse. Nun, meine

Herren, der Staatsprokurator Möller hat Ausdrücke gebraucht, für welche er von der Regierung gerechtfertigt worden ist; seine Ausdrucksweise ist ladend-wertig gewesen. Wenn man aber bedenkt, daß sich nun die englische Regierung mit dem Benehmen Macdonalds identifiziert, daß sie kein Wort des Landes hat gegen einen Offizier, der eine Dame thäthlich angegriffen, daß Russell mit Macdonald korrespondirt, so lag am Ende kein Grund vor, das Urtheil des Staatsprokutors nicht zu generalisiren, mindestens aber verdient hr. Möller eine nachsichtsvolle Beurtheilung. Es ist geradezu unbegreiflich, wie in dem Lande der Gesetzlichkeit par excellence das Verlangen gestellt werden könnte, Beamte, die ihre Schuldigkeit gethan, zur Rechenschaft zu ziehen. Ich erinnere mich noch, daß mein Vater — ich war noch ein kleiner Knabe — mit einem Konstablerstab, den er von einer Reise nach England mitgebracht, zeigte und plauderte, daß ein Konstabler in England nur diesen Stab einem Engländer auf die Schulter zu legen brauche, um sofortigen Gehorsam zu erlangen. Diese Erzählung hat einen tiefen Eindruck auf mich gemacht, der sich in meinem ganzen Leben nicht verwischen wird. Und diesen althergebrachten Ruf der Gesetzlichkeit schlägt jetzt die englische Regierung so leichtfertig in die Schanze! Lord Palmerston sagt, Macdonald habe seine Genugthuung von Gentleman zu Gentleman erhalten? (Heiterkeit.) Ja, was heißt denn das Wort Gentleman zu Gentleman? Bei uns versteht man darunter einen anständigen, gebildeten Mann, und dieser Begriff ist unvereinbar mit dem thäthlichen Angriff auf eine Dame, ob dies zu dem Begriff von einem Gentleman in England paßt, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Gedankenswerte haben sich die preußische Regierung einer Verleugnung verhängt gemacht haben? Da möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß in der Frau des Doktors Parow und in der Person des Eisenbahninspektors die Rechte preußischer Unterthanen verletzt worden sind, daß die Regierung verpflichtet war, die preußischen Unterthanen zu schützen. Und selbst wenn sie verfehlte, Begreifen denn die Engländer nicht, daß die preußischen Gerichtshäuser unabhängig sind? Hätte der Staatsprokurator nicht die Sache in die Hand genommen, dann würde eine Privatklage möglich gewesen sein und der Gerichtshof hätte das passive Verhalten des Staatsprokutors rügen müssen. Die Regierung war also in dieser Angelegenheit außer Stande etwas zu thun. Gerner verboten wir uns ein solches Mittel. Preußen befindet sich nicht wie England in dem wüsten Chaos von Gesetzen, die seit Jahrhunderten abgeändert worden sind, so daß sich jetzt Niemand mehr zurecht findet; wir haben eine einfache, in populärer Sprache aufgefaßte Gelehrte, die Federmaul verständlich ist. Preußen sind Alte vor dem Gesetz gleich; der Arme kann bei uns sein Recht verfolgen, in England kann nur ein reicher Mann einen Prozeß beginnen. Bei uns kann einer nur auf Grund eines Urtheils ins Irrenhaus kommen, in England ist ein Preuß ohne Urtheil 13 Jahre 8 Monate im Irrenhaus geblieben; er wohnt in Berlin und erhält eine Pension von 1000 Pfund. Bei uns bedarf es bei einem Diebstahl nicht erst, daß der Privatdienst verfolgt wird; bei uns braucht sich der Gerichtshof nicht an den Vorwurf der Anlage zu halten, und das ist in dem speziellen Falle geschehen, wo nur eine Beleidigung des Beamten mit mildrenden Umständen geurteilt wurde, wahrscheinlich weil angenommen wurde, daß von einem reisenden Engländer nicht zu verlangen sei, daß er die Gesetze jedes Landes, welche er durchreist, kenne. Und was nun das materielle Recht in England ist, weiß ich zwei Beispiele anführen: ein englischer Gardeoffizier steht mit 20 Pfund Sterling bestraft; nun bestimmt das Gesetz, daß so lange die Strafe die Strafe nicht zahlen kann, er im Gefängnis bleiben muß, und so liegt jetzt der Mann wegen eines Rebhuhns schon 6 Monate im Gefängnis der Grafschaft. Lord Palmerston spricht endlich die Hoffnung aus, daß sie in einem solchen Fall wie der Macdonaldsche nicht wiederholen werde? Gewiß nicht, wenn sich nicht etwa ein Engländer wieder Ungezogenheiten zu Schulden bringt, welche er nicht bezahlen kann. Und jetzt werden aber die Gerichtshäuser strenger sein, die Engländer werden wegen Unkenntnis der Gesetze nicht mehr mildreden Umstände erlangen. Nebenbei wird die preußische Justiz ihren alten guten Ruf bewahren, sie ist zu Gott! (Anhaltender Beifall) Es werden jetzt weniger Engländer reisen; man wird es den Engländern überlassen müssen, ob sie den Rhein meiden wollen, weil sich einer ihrer Landsleute ungezogen betragen hat und wer weiß, ob man sich über die Zurückhaltung des Engländer so sehr beklagen wird. Ich bedaure es, daß kein hervorragendes Mitglied des Unterhauses, weder Herr d'Israeli noch ein Manchestermann für die Ehre Englands das Wort genommen; es ist wieder ein unbekanntes Mitglied, Lord Prendeville, der die Ablösung im Irrenhaus nicht zu verlangen scheint. (Der Redner liest die Rede des Engländer.) Lord Palmerston schließt seine Antwort mit dem Ausdruck eines Franzosen: „Sein Vernehmen war ein Fehler und ein Verbrechen.“ Ich lege einen großen Wert auf die guten Beziehungen mit England, und diese Gefinnung ist mir, ich möchte sagen, angeerbt; mein Vater hat eine Broschüre geschrieben, in welcher er die englische Verwaltung der preußischen zum Vorbild anempfiehlt; dann kann ich nicht etwa ein Engländer wieder Ungezogenheiten zu Schulden bringen, und wer weiß, ob man sich über die Zurückhaltung des Engländer so sehr beklagen wird. Jetzt werden aber die Gerichtshäuser strenger sein, die Engländer werden wegen Unkenntnis der Gesetze nicht mehr mildreden Umstände erlangen. Nebenbei wird die preußische Justiz ihren alten guten Ruf bewahren, sie ist zu Gott! (Anhaltender Beifall) Es werden jetzt weniger Engländer reisen; man wird es den Engländern überlassen müssen, ob sie den Rhein meiden wollen, weil sich einer ihrer Landsleute ungezogen betragen hat und wer weiß, ob man sich über die Zurückhaltung des Engländer so sehr beklagen wird. Ich bedaure es, daß kein hervorragendes Mitglied des Unterhauses, weder Herr d'Israeli noch ein Manchestermann für die Ehre Englands das Wort genommen;

Häusern des englischen Parlaments konnte sich Preußens Landesvertretung nicht ganz theilnahmlos verhalten. Die Regierung ist mit dem Herrn Interpellanten über die Art und Weise, wie die Interpellation begründet worden, im Allgemeinen einverstanden, aber man wird nicht verlangen, daß sie dem Hrn. Interpellanten auf das Gebiet der politischen Anschauungen und Kontroversen folgen soll. Wie dem auch sein mag, bei der Achtung und Vorliebe, welche Freiherr v. Bünke stets für die englischen Einrichtungen an den Tag gelegt, war gerade er geeignet und berufen, das Wort zu führen, weil Niemand weniger als er in Verdacht kommen kann, daß er sich von einer vorgefaschten Meinung oder Parteilichkeit gegen England habe bestimmen lassen. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annahme, daß Herr v. Bünke heute nicht für sich und im Namen seiner politischen Freunde gesprochen, sondern daß er der Empfindung des gesamten Bürgers, des ganzen Landes einen beredten treuen Ausdruck gegeben hat. (Anhaltender Beifall.) Das Preußenvolk hat durch seine beredte Stimme dokumentieren wollen, daß es die leidenschaftlichen Anschuldigungen und Angriffe gegen die preußische Regierung mit aller Energie und Entrüstung zurückweist; es hat dokumentieren wollen, daß es dem Verfahren der eigenen Regierung unbefriedigten Beifall zollt. Bei weitem mehr, als die Kundgebungen in der Presse und Mitgliedern des Parlaments, haben ein einleuchtendes Erstaunen hervorgerufen die Aeußerungen des ersten Ministers der britischen Krone in einer gewöhnlichen Sitzung des Unterhauses. Aeußerungen, die in hohem Grade bedauerlich, denn nach Form und Inhalt sind sie nur zu sehr geeignet, die Vermuthung zu begründen, daß der Staatsmann, der seinerseits mit solchen Selbstbewußtsein die Geschichte des englischen Volkes leitet, dieses Selbstbewußtsein bei einer anderen, der englischen durchweg ebenbürtigen Nation als nicht vorhanden ist. Und doch wird jenem tiefen Denker nicht entgangen sein, daß die Beziehungen der Völker nur dann gegründet und dauernd erhalten werden können, wenn sie auf gegenseitiger Achtung begründet sind. Ich bin fern davon, den Werth der Freundschaft Englands gering anzuschlagen oder unterstehen zu wollen, aber wir freuen uns und können Gott danken dafür, daß Niemandes Freundschaft uns so wertvoll und uneinnehmlich ist, daß wir sie vor uns selbst beinträchtigen, die Würde fürzen würden, die Achtung, welche man unserer Stellung in Welttheile schuldig ist. (Lebhafte Beifall.) Preußens Erklärung vom 27. Febr. ist authentisch und trägt nur zufällig nicht meine Unterschrift. Ein Schriftwechsel hat dem 27. Febr. nicht stattgefunden, wohl aber ist meinerseits eine Depesche an den Gefandten Grafen Bernstorff gerichtet worden, die ich keinen Anstand nehme, dem Hause mitzutheilen. Sie ist vom 1. Mai datirt und lautet wörtlich:

Mit eben so großer Überraschung als lebhaftem Bedauern habe ich aus öffentlichen Blättern ersehen, in welcher Weise Lord Palmerston in der Sitzung des Unterhauses vom 26. v. M. die an ihn gerichtete Interpellation in der Angelegenheit des Kapitäns Macdonald beantwortet hat. Wir konnten nicht erwarten, daß er in dieser Sache die Auffassung der preußischen Regierung theilen werde, aber wir durften voraussehen, daß der erste Minister Englands, in voller Kenntniß des von uns dargelegten Thatbestandes, sich davon freihalten werde, unbegründete Vorwürfe auf die Regierung und die Gesetze Preußens zu häufen. (Hört! Hört!) Er selbst hat nicht umhin gekonnt, anzuerkennen, daß das Verfahren der preußischen Behörden den preußischen Gesetzen gemäß gewesen sei. Und in der That hat das preußische Gericht der Handlung des Kapitäns Macdonald die mildeste Deutung, die das Gesetz gestattet, gegeben und nur eine geringfügige Geldbuße gegen ihn erkannt; die Unterzeichner des beleidigenden Protestes sind zwar von dem Richter verurtheilt worden, aber frei von Strafe ausgängen, weil der Allerhöchste Gnadenrat vom 12. Januar d. J. auf sie Aussicht und als einer England befriedeten Regierung obliege, das hat auch die Rede Lord Palmerstons darzuthun nicht vermocht (hört! hört!). Wenn dieser hervorragende Staatsmann hierbei auch meiner und zwar in einer Weise gedacht hat, für die ich ihm persönlich nur dankbar sein kann, wenn er namentlich sich auf meine Kenntniß der Denkart und Weise des englischen Volkes beruft, so kann ich vor allen Dingen die Bemerkung nicht unterdrücken, daß während des mehrjährigen Aufenthaltes in England, den ich meiner amtlichen Stellung verdanke, mich nichts mit größerer Bewunderung erfüllt hat, als der im englischen Volke überall festgezwanzte Sinn für Recht und Gesetzlichkeit (Zustimmung), der auch

in der Achtung vor den Richtersprüchen sich darlegt. Ich kann nicht aumen, daß das englische Volk diese Achtung dem Spruche preußischer Richter in einemfalle versagen werde, wo es galt, die Verleugnung der Gesetze des Landes, in dem er sich aufhielt, gegen einen Engländer zu rügen, und wo die englischen Kronjuristen selbst anerkennen, daß den Landesgesetzen gemäß gehandelt worden sei. (Bravo.)

Daß in Handhabung der Gesetze des einen Landes Unterthanen des anderen von dem Richter verurtheilt werden, scheint uns kein Umstand, der das Bethaltniß beider Regierungen zu einander fördern könnte, deren enge Freundschaftsverbindung in ihrem beiderseitigen Interesse liegt. (Bravo! Sehr gut!) Ich kann mir aber nicht verhehlen, daß Vorwürfe solcher Art, wie sie Lord Palmerston ohne Grund und Rechtfertigung gegen die Regierung und die Gesetze Preußens erhoben hat, wohl dazu angehören, im preußischen Volke eine Missstimmung gegen eine Regierung zu erregen, deren Leiter kein Bedenken trägt, öffentlich die Zustände Preußens als bedauerliche zu bezeichnen (lebhaftes Bravo; sehr gut!) Wenn aus einer solchen Missstimmung eine Entfremdung der Regierungen Preußens und Englands, die ich nur im höchsten Maße würde beklagen können, hervorgehen sollte, so würde wenigstens die preußische Regierung keine Schuld an der Störung des guten Vernehmens tragen, das zu pflegen und zu fördern sie jederzeit aufrichtig bemüht gewesen ist. (Bravo.) Ew. Exzellenz erlaube ich ergebenst, gegenwärtige Depesche gefälligst Lord John Russell vorzulegen und ihm eine Abchrist derselben zu übergeben.

Berlin, 1. Mai 1861.

Diese Note ist gestern dem ersten Minister Englands amtlich zugestellt worden. Lassen Sie mich noch zum Schluss den Wunsch ausdrücken, daß der bedauerliche und doch so unerhebliche Vorgang nicht dazu diene wird, eine Missstimmung herbeizuführen zwischen zwei Nationen, die zum Heile der Welt aufs innigste, treuest mit einander verbunden bleiben sollten. (Auhaltender Beifall, große Aufregung, die sich noch nicht gelegt hat, als schon der nächste Gegenstand der Tagesordnung, eine Wahlprüfung, erledigt war. Die Tribünen werden leer, auch die Diplomatenloge; die Herren Abgeordneten stürmen dem Buffet zu.)

Das Haus beschäftigt sich mit sehr getheilter Aufmerksamkeit mit dem Antrage der Abg. Neide, Grundmann und Genossen, betreffend die Beschlagnahme des Lohns der Berg-, Hütten- und Fabrikarbeiter. Nach längerer Diskussion, an welcher sich die Abg. Waldeck, Reichenheim, Reichensperger (Köln), der Handelsminister, Zimmermann, Pinder und der Antragsteller beteiligen, werden alle hierzu gestellten Amendements zuerst und darauf der vorgeschlagene Entwurf selbst abgelehnt. — Daß das Haus zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung übergeht, erhält das Wort der eben eingetretene Finanzminister Th. v. Patow: Infolge Allerhöchster Ermächtigung vom heutigen Tage befreie mich, dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Erhebung der Stempelsteuer von Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern. (Bravo!) Der Entwurf hat weitläufige Vorarbeiten erhebt, das Finanzresultat läßt sich noch nicht übersehen, es sind verschiedene Vorschläge gemacht und verworfen worden, und ich glaube, daß der gegenwärtige Entwurf Ihr Bravo abschwächen wird, ich befürchte dies. Es handelt sich darum, die Besteuerung der politischen Blätter zu ändern. Der Wunsch war, diese Steuer ganz befreiten zu können, das war aber nicht möglich und man hat sich darauf beschränken müssen, Erleichterungen, so weit es möglich war, einzutragen zu lassen zu Gunsten der kleineren Blätter, indem ein Zwischenstupe hergestellt wird. Ferner soll die Steuer für diejenigen Exemplare nicht erhoben oder restuiert werden, welche nachweislich nach dem Auslande gehen, und endlich sollen die überschreitenden Bogen aus einem Quartal ins andere übertragen werden können. Die wichtigste Veränderung betrifft die Unterhaltsblätter; hier war die Steuer drückend und von eigentlichem Bestimmungen abhängig. Der Entwurf läßt die Verbindung zwischen der Steuer- und der Kautionspflichtig. 1) Alle Blätter, welche nicht öfter als zweimal in der Woche erscheinen und nicht in der Regel politische Nachrichten und Beiträgen bringen, sollen von der Steuer befreit sein; 2) die Zeitungen, welche in fremden Sprachen erscheinen, bleib steuerfrei, um Konventionen namentlich mit Frankreich zu erleichtern; 3) Blätter, welche außerhalb Preußens erscheinen, zahlen bisher eine hohe Steuer, die namentlich für die kleinen unglücklich waren; es soll jetzt eine bestimmte Quote zum Abonnement geschlagen, der jetzige Maximalzoll aber nicht überschritten werden. — Der Entwurf geht an die um 7 Mitglieder zu verstärkende Finanzkommission. — Es folgt die Berathung über den Entwurf eines Gewerbezuges, bezüglich über den Antrag der Abg. Reichenheim und Müller (Demmin). Zur Generaldiskussion nehmen das Wort die Abg. Wedell (Nordhausen), Müller (Demmin), v. Bardeleben, welcher eine Resolution einbringt hat, und Dr. Hahn, worauf die Debatte auf morgen vertagt wird. (Wir werden die heutige Debatte morgen nachträglich kurz zusammenfassen.)

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat folgende Anträge angenommen: Beim Etat der geistlichen Angelegenheiten 1) die Erwartung auszusprechen, daß der Minister der geistlichen Angelegenheiten die bereits im Jahre 1850 angeordnete Einführung der Gemeindeordnung in den evangelischen Kirchengemeinden der östlichen Provinzen, und die durch den Allerhöchsten Erlass vom 29. Juni 1850 ihm in Verbindung mit dem Oberkirchenrath aufgetragene weitere Entwicklung der Selbständigkeit der evangelischen Kirche baldigst zur Ausführung bringen werde; 2) die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung des Baldigsten den Bedürfniszuschuß zur Ritterakademie in Brandenburg werde in Wegfall bringen. Beim Etat des Ministeriums des Innern: die Staatsregierung aufzufordern, zu bewirken, daß sämtliche für die Untersuchungshaft bestimmten Gefangnisse unverzüglich der ausschließlichen Aufsicht der zuständigen Gerichte übergeben werden.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. Mai. [Lutherische Gemeinde.] Durch Reskript der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, des Innern und der Justiz vom 30. März 1861 sind den zu einer besondern Gemeinde zusammengetretenen, von der Gemeinschaft der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheranern in Polichno Hauland, Sipior, Studzieniec, Polichno Dorf, Kazmierzewo, Słonawy, Sipior, Studzieniec, Josephkowo (im Reg. Bez. Bromberg), die nach Nr. 2 der Generalkonzeßion vom 23. Juli 1845 erforderliche Staatsgenehmigung und die nach Nr. 3 der gedachten Konzeßion damit verbundenen Rechte einer moralischen Person ertheilt worden.

Rakel, 6. Mai. [Witterung; Geschäftliches; Leichenbegängnis.] In die älter Orten laut werden Klagen über das schlechte Wetter müssen wir im hohen Grade einstimmen. Frost wechselt mit Hagel und Regen, den der Sturm an die Fenster peitscht. Der Gesundheitszustand ist vielfach gefährdet. Katarrhalische Affektionen sind an der Tagesordnung, auch Fieber und Entzündungen kommen nicht selten vor. Auf die Geschäftsvorhängen übt die abnorme Witterung ebenfalls nachteiligen Einfluß. Wenn auch die Saaten vom Wetter noch so gelitten haben, daß sie sich nicht bei baldiger günstiger Witterung erholen sollten, so ist doch eine nachtheilige Wirkung nicht zu verleugnen, besonders bei den Delsaaten. Die Landwirthe leiden durch den Wiedermangel an Futter bedeutende Einbuße, und in den Gärten, wo die schönen, warmen Märkte die Vegetation sehr gefördert hatten, hat der Frost viel zerstört. Anzeichen dieser Thatsachen kann es nicht Wunder nehmen, daß die Getreidepreise in den letzten Wochen bei uns bedeutend gestiegen sind. Die Steigerung hat außerdem ihren Grund darin, daß trotz der reichen vorjährigen Ernte die Getreideläger hier gegenwärtig viel kleiner sind, als sonst um diese Zeit. Außer den großen Getreidesendungen zu Wasser nach Berlin, Stettin und Danzig (zum Export nach Schweden) gingen bedeutende Quantitäten Roggen, von einzelnen Handelshäusern allein an 1000 Büppel, nach Sachsen und der Raum von hier per Eisenbahn ab. — Am Sonnabend fand vom hiesigen Bahnhof aus das Leichenbegängnis der Gräfin Potulicka nach Silesien statt, wo die Leiche in dem gräßlichen Erdbeben beigesetzt wurde. Die Verstorbenen war eine Nichte des in letzter Zeit durch die Warchauer Vorgänge viel genannten Grafen Zamosty und erst wenige Tage verheirathet. Sie starb in London, und die Leiche wurde per Dampfschiff bis Stettin und von dort per Eisenbahn in Begleitung des Bruders der Verstorbenen, Grafen Zamosty, hierher gebracht. Am Bahnhof empfingen sie die Beamten und die Dienerschaft von den Potulic'schen Gütern. Viele Geistliche und ein zahlreiches Publikum gaben der Leiche in feierlicher Prozession das Geleite nach dem eine Meile entfernen, zu den Potulic'schen Gütern gehörenden Dörfern Silesien. Graf P. ist in London bei seinen drei mutterlos gewordenen Kindern, von denen das jüngste erst 14 Tage alt ist, zurückgeblieben. Viele polnischen Adelsfamilien wohnten der Leichenfeier bei. In unserm Städtchen hat dieser Todessfall die regte Theilnahme gefunden, da die Verstorbenen durch ihren Edelmuth und ihre große Wohlthätigkeit, die sie bis in die ärmsten Hütten selbst ausübte, allgemein geachtet war.

## Angekommene Fremde.

Vom 7. Mai.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Sekretär der Ober-Zollkammer v. Szolowski aus Granica, Kaufmann Bähr aus Stettin, Rentier Frey-Stern's HOTEL DE L'EUROPE. Direktor Werner aus Liegnitz, Kaufmann Löwenthal aus Brandenburg, Oberamtmann Franz aus Prenzlau und Gutsb. Büders aus Pasewo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Ingenieur Abramowicz aus Wadowice, die Kaufleute Selig, Pistorius, Richter und Lange aus Berlin, Wiener aus Stettin, Herrmann aus Landsberg a. W., Adler aus Köln, Hübler aus Düsseldorf und Kipperling aus Königgrätz.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Busching aus Limbach, Löwe aus Gnesen und Leinach aus Berlin, Rittergutsb. Strauben aus Pawlowice, Auffenau - Inspektor v. Braunschweig aus Magdeburg, Tragode Ira Aldridge und Sekretär Keen aus London.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

**Bekanntmachung.**  
Das im Laufe des Jahres 1861 im hiesigen Garnisonlazareth unbrauchbar gewordene Lager- und das auf dem Territorium desselben zu stehendes und als einer England befriedeten Regierung obliege, das hat auch die Rede Lord Palmerstons darzuthun nicht vermocht (hört! hört!). Wenn dieser hervorragende Staatsmann hierbei auch meiner und zwar in einer Weise gedacht hat, für die ich ihm persönlich nur dankbar sein kann, wenn er namentlich sich auf meine Kenntniß der Denkart und Weise des englischen Volkes beruft, so kann ich vor allen Dingen die Bemerkung nicht unterdrücken, daß während des mehrjährigen Aufenthaltes in England, den ich meiner amtlichen Stellung verdanke, mich nichts mit größerer Bewunderung erfüllt hat, als der im englischen Volke überall festgezwanzte Sinn für Recht und Gesetzlichkeit (Zustimmung), der auch

Posen, den 4. Mai 1861.  
Königl. Garnison-Lazarethkommission.

Hiermit beehren wir uns die ergebene Anzeige zu machen, daß wir an hiesigem Platze eine Kommandite uns seit 35 Jahren in Berlin bestehenden Bank- und Wechselgeschäfts errichtet haben. Wir empfehlen uns zum An- und Verkauf aller Arten Staatspapiere, Pfandbriefe, Eisenbahntickets, Prioritätsobligationen und Kreditaktien, so wie Wechseln des In- und Auslandes, und ertheilen auf Verlangen Kreeditbriefe auf sämtliche europäische und amerikanische Plätze nach kursmäßigen Anfängen.

Auch sind wir jederzeit bereit, die fälligen Kupons von in- und ausländischen Staatspapieren, Eisenbahn- und Prioritätsaktien, von Pfandbriefen und Kreditaktien ohne Abzug zu realisieren.

Posen, den 1. Mai 1861.

**Hirschfeld & Wolff,**

Generalagenten des neuen landeschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen,  
Wilhelmsstraße Nr. 8.

**Wollack-Drillich und Leinen  
K. Liszkowski.**  
in schwerster Ware empfiehlt

Um mit meinem Wollack-Drillich- und Leinwandlager bis 60 Pf., wie auch Säcken mit oder ohne Naht bis 2½ Pf. schwer, zu räumen, verlaufe ich selbe zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Salomon Beck, Markt 94.

**Sperenberg's Düngergrüns,**

vorzüglicher Qualität, ist vorrätig und sofort billigt

Eduard Ephraim,  
Hinterwallstraße 114.

In Marcinkowo Dolne bei Gąsawa stehen 300 Schafe zum Verkauf, darunter 150 große Hammel, welche gleich nach der Schur abgenommen werden können.

Wir empfehlen unser großes Lager der reizendsten Stereokopbilder zu den billigsten Preisen. Stereokop - Apparate mit großen prismatischen Bildern von 1½ Sgr. an, 1 Dutzend Bilder dazu 1 Thaler und billiger.

E. Morgenstern's  
Schreib- u. Zeichneminen-Handlung.

Wilhelmsplatz Nr. 4.

**S. R. Kantorowicz,**

Wilhelmsplatz 16, empfiehlt sein sortiertes Lager in weißen und dekorirten Porzellan- und Glaswaren, Messer und Gabel, Gardinenbronze, Damen- und Reisetaschen, seide Regenschirme. En tout cas, so wie eine Auswahl in Kinderspielwaren und Gesellschaftsspielen zu billigen Preisen.

NB. Echte Porzellanteller von 1 Thlr. das Dutzend an.

Wilhelmsplatz 16.

**Die Kohlenstaub-Fabrik  
von G. Marschner & Co.**

in Frankfurt a. O.  
empfiehlt zur Destillation, Sprit- und Essig-Fabrikation Cylinder-, Würfel- und gemahlene Kohlen aus besten Laubholzern in allen Röhrungen billig und werden Aufträge prompt ausgeführt.

Glas- und Militärhandschuhe werden ohne Geruch und billig gewaschen pr. Paar

1 Sgr. Alter Markt Nr. 14 Parterre.

**Dresdner Waldschlößchen - Bier**

ist flaschenweise stets in bester Qualität zu haben bei Isidor Appel, neben der königlichen Bank.

Gin erfahrener, der polnischen und deutschen Sprache mächtiger, zweiter Wirtschaftsbeamter findet auf einem Gute in der Nähe von Posen ein sofortiges Unterkommen.

Aufenthalt hierüber bei Herrn S. Ettinger, alten Markt 77.

Une jeune Allemande bien élevée désire se placer comme dame de compagnie ou comme bonne allemande qui peut donner les leçons de piano. Elle irait aussi dans un bain ou en voyage. S'adresser sous F. R. 20 à Dresden poste restante, franco.

Ich warne Zedermann vor Anlauf der mir abhanden gekommenen Pfandbriefe des neuen landeschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen Serie II. Nr. 9730, 9731, 9732 und 9734 à 200 Thaler, vielmehr ersuche ich Zedermann, im Betretungsfalle solche dem Unterzeichneten zu überliefern, der geru bereit ist, eine angemessene Belohnung zu gewähren.

Posen, den 3. Mai 1861.

Anton Mizerski.

Zu fernerer Theilnahme an den Vorträgen des Hrn. Rabbiner Dr. Chronik, welche mit nächstem Sonnabend (Nachmitt. 4 Uhr im Saale von Budwigs Hotel) beginnen werden, liegen Listen aus in der Heinrichs Buchhandlung und beim Antiquar Hrn. Dr. Moses.

